DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 35 ab Samstag, 30. Januar 2021 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an KDW e.V. DE72 1101 0100 2235 4091 57

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Dies ist die 35. Ausgabe der meistgelesenen deutschen Wochenzeitung. Sie ist unabhängig von Konzernen und Parteien. – Die Stimme des Grundgesetzes, der kritischen Intelligenz, des Bürger- und Menschenrechts, der Freiheit und der Wissenschaft.

»Ab vor den Bildschirm!«

Unsere Kinder werden zu Digital-Junkies gemacht – und wir sollen es gut finden | von Dr. Tamara Ganjalyan

Vielleicht gibt es Eltern, die sich noch erinnern an dieses andere Leben, diese untergegangene Welt, die Äonen zurückliegt oder ein Jahr.

Damals, als ihre Kinder in der Freizeit etwas unternahmen, einen Wochenendausflug zum Beispiel oder mal ins Kindertheater gingen oder in den Zoo. Es war das, was man »normal« nannte, und normal war vor allem dies: Kinder, die mit Kindern spielen anstatt mit Konsolen, echte physische Begegnung statt dessen billigen digitalen Abklatsches in der schönen neuen Welt des Silicon Valley. Zu jener Zeit wurden die Kinderärzte, die Psychologinnen und sogar die Pädagogen in den Schulen und Kitas nicht müde, uns Eltern zu erzählen, dass Kinder Gleichaltrige bräuchten, den realen Austausch mit Ihresgleichen und dass soziale Beziehungen so enorm wichtig seien für die kindliche Entwicklung.

Wer damals, in dieser längst vergangenen Epoche, sein Kind länger als eine halbe Stunde pro Tag vor dem Fernseher sitzen ließ, setzte sich fast schon dem Verdacht prekärer familiärer Verhältnisse aus. Medienkonsum nur in strikter zeitlicher Begrenzung und mit elterlicher Begleitung, ansonsten: Bewegung an der frischen Luft und mit den Freunden auf den Spielplatz – dies alles galt bis März 2020...

Weiterlesen Seite 13



Die Maske fällt! *Der Rechtsstaat kehrt zurück, Spahn kann seinen Hut nehmen* | Von Hermann Ploppa

Warum sollen wir jetzt »medizinische« OP-Masken oder FFP2-Masken tragen?

Das Robert-Koch-Institut hat klargestellt: FFP2-Masken sind nicht für den ungeübten Gebrauch durch Privatpersonen geeignet. Ja, FFP2-Masken dürfen nur nach fachkundiger Unterweisung durch fachkundiges Schulungspersonal benutzt werden. FFP2-Masken dürfen nur 75 Minuten getragen werden. Dann ist sogar eine halbstündige Tragepause vorgeschrieben. Warum also zwingen uns Merkel, Spahn und Söder zur gesundheitsgefährdenden Zweckentfremdung von Arbeitsmasken?

BUNDESREGIERUNG VOR KORRUPTIONSSKANDAL

Der Grund ist erschreckend banal. Im April letzten Jahres machte das Bundesgesundheitsministerium eine bizarre Ausschreibung. Jeder, der mindestens 25.000 medizinische Masken auf Lager hatte, durfte zu einem Stückpreis von 4,50 Euro (für FFP2-Masken) an die Bundesregierung liefern. Folge: Es wurden möglicherweise einige Milliarden OP- und FFP2-Masken an Deutschland ausgeliefert. Die gammeln nun in Lagerhallen vor sich hin. Um das Chaos noch in den Griff zu bekommen, heuerte Spahn seine Freunde von der Unternehmensberatung Ernst & Young (EY) an; ohne Ausschreibung für 9,5 Millionen Euro. Die Lieferanten dagegen blieben auf ihren Masken sitzen. Die Bundesregierung bezahlte einfach nicht.

Mittlerweile sind bereits Anwälte und Bundestagsabgeordnete dem umstrittenen Bundesgesundheitsminister auf den Fersen. Bevor es zum großen Eklat kommt, wird Spahn und Co die große Erleuchtung zuteil: Wir bauen den Maskenberg ab, indem wir die Bürger zwingen, sich diesen Überstand an ungeeigneten Masken aufs Gesicht zu setzen.

Die ganze Geschichte, Wirtschaftsseiten 10 bis 13

Mutiger Gastgeber

LAUDATIO ***Der Preis der Republik geht an Sören Pohlen, Inhaber der Bar Scotch & Sofa in Berlin Prenzlauer Berg.*** Von Nadine Strotmann



»Es sind zwar eisige Zeiten für die Demokratie, doch wer für diese und das Grundgesetz eintritt, der kann niemals verlieren.« Pohlen ist Gastronom mit Leidenschaft und Mensch mit Haltung. Den großen Mann mit hellblauen Augen und aufrechtem Gang kann so leicht nichts mehr erschüttern, denn er hat einiges erlebt.

Nach monatelangem *Lockdown*, massiven finanziellen Einbußen und wenig Perspektive seitens der Politik, entschied sich Pohlen vor rund drei Wochen, seine Bar Parteigründern der Initiative »Team Freiheit« zur Verfügung zu stellen. Wagemutig: Der 52-Jährige wusste nicht, was auf ihn zukommen würde. Das kam: Kündigung seiner Räume, Verleumdung als Nazi, Schmierereien an seinen Schaufenstern. »Es gab sogar Morddrohungen«, sagt er. Der ehemalige Sozialdemokrat und Verehrer Willy Brandts und Helmut Schmidts ist schockiert, aber nicht entmutigt. Er sieht es als seine Pflicht, sich für Freiheit und Demokratie einzusetzen, »auch wenn ihn manchmal ein mulmiges Gefühl überkommt«.

Mit seiner eigenen Szenebar erfüllte sich der gebürtige Heidelberger vor knapp sechs Jahren seinen Lebenstraum. Zuvor hatte er jahrelang in der Altenpflege gearbeitet, nebenbei in der Gastronomie gejobbt, bis er sich dann entschied, alles auf eine Karte zu setzen: Die eigene Bar.

Dass Pohlen Rückgrat hat, hat er bewiesen. Jetzt geht es trotz aller Widrigkeiten weiter. Ein Demokrat mit Niveau!

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an Sören Pohlen verliehen, Inhaber der Bar Scotch & Sofa in Berlin Prenzlauer Berg. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa.



Zum Geleit

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten? – Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfundingfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de, demokratischegewerkschaft.de und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in der gesamten Republik verbreiten. Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich auch politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 35. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020 und auch 21!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Philosophie als Pointe

EINWURF *von Werner Köhne*

Es ist schon einige Zeit her, da uns ein Autor mit folgendem Buchtitel überraschte: »Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?« Damit war gewissermaßen der Braten erlegt.

Dem berühmten Buch war ein anderes vorausgegangen: »Lenin kam nur bis Lüdenscheid«. Wir wollen hier nicht weiter richten über die etwas zu durchsichtige Schlauheit bei der Wahl dieses Titels, auch nicht darüber, dass Richard David Precht in dieser geschickt verpackten Kindheitsbiografie eine ironische Volte gegen seine Eltern ritt, die viele Jahre zuvor als Hippies ein Lebenskonzept erprobten – vergeblich schließlich.

Was jedoch stärker zu Buche schlägt: Richard David Precht folgte mit beiden Büchern einem Trend im geistigen Leben der Republik, den schon drei Jahrzehnte zuvor der Philosoph Peter Sloterdijk angestoßen hatte: Philosophische Prosa verstand Sloterdijk von Anfang an als eine vom Rokoko-Ornamentik inspirierte Stilkunde (er schrieb übrigens einen Rokokoroman!) und eine dezente Jagd auf Pointen.

Mit dem Buch »Kritik der zynischen Vernunft« hatte er einen Wirkungstreffer gelandet – gegen kritisches Denken aller Art. Der Clou dieses Werks ergab sich aus einer – man muss es zugeben – cleveren Gegenüberstellung der Begriffe kynisch (gut) und zynisch (schlecht); es war ein Vexierspiel, das Sloterdijk sich aus der Philosophie Heideggers abgekupfert hatte. Heidegger sah sich genötigt, das eigentliche Sein vom bloß Seienden zu trennen – was ihn später rührende Purzelbäume schlagen ließ an Begriffspoesie.

Warum ich diese Skurilitäten in Erinnerung rufe? Beide, Richard David Precht und Peter Sloterdijk, bieten gegenwärtig zum Teil peinliche Beiträge in der Diskussion um Corona. Die Einfalt ihrer diesbezüglichen Statements erreicht im Gegensatz zu ihrer sonstigen Grandezza die Reife von Plattitüden – bar jeder Bereitschaft zur Kenntnisnahme der wissenschaftlichen Auseinandersetzung um den Virus, dagegen in »repressiver Toleranz« (Marcuse) gegenüber den Demonstranten im August, die beide Groß-Denker im Konsens mit der Medienkohorte als Spinner und Leugner abtun. Wollen sie mit ihrer Anbiederei etwa verhindern, von dem Thron der geistigen Führerschaft hierzulande gestoßen zu werden?

»Minima Mortalia« von Werner Köhne erscheint bei Sodenkamp & Lenz. 216 Seiten, 27,50 Euro. Nachwort von Gunnar Kaiser. Bestellung via demokratischerwiderstand.de.



VERSCHLUSSACHE HUMBOLDT-KLINIK

INTERVIEW *mit einem Arzt, der in dem zur Zeit wohl bekanntesten Krankenhaus der Republik arbeitet. Er ist der Redaktion seit längerem persönlich bekannt, möchte aber derzeit noch anonym bleiben.*

DW: Wie sollen wir Sie vorstellen?

Ich arbeite als Arzt im Vivantes Humboldt-Klinikum Berlin. Bei *Twitter* bin ich als Berliner Hedonist zu finden.

Wie war ihre Arbeitssituation allgemein und mit Corona im Speziellen im Humboldt-Klinikum des vergangenen Jahres?

Nach einer Art Schockstarre im März hatte sich eine gewisse Normalität eingestellt. Seit November tragen alle FFP2-Masken. Das ist schon stark gewöhnungsbedürftig. Alle Patienten bekamen vor stationärer Aufnahme ambulant einen Corona-Abstrich. Notfallpatienten wurden zunächst bis zum Abstrichergebnis isoliert untergebracht. Insgesamt gab es aber im letzten Jahr ca. 20 Prozent weniger Patienten in unserer Klinik. Viele Patienten sind verunsichert und gehen jetzt seltener, oder auch nur, wenn es für sie unumgänglich ist, in die Arztpraxen und Kliniken.

Nun wurde eine Virusmutation mit dem Namen B117 im Krankenhaus gefunden, das Krankenhaus wurde geschlossen und die Mitarbeiter in die Pendlerquarantäne geschickt. Halten Sie dieses Vorgehen für medizinisch sinnvoll? Und warum?

Ich halte diese Entscheidung für angstgetriggert. Mit einer Mutation war zu rechnen. Lediglich das Labor Berlin hat Charité- und Vivantes-Patienten sequenziert und da wir sehr viele Coronapatienten behandeln, war ein B117-Nachweis vorprogrammiert. Diese Variante ist sicher schon weit verbreitet und ob sie wirklich tödlicher ist, ist aktuell rein spekulativ.

Sollte die Strategie, die jetzt am Humboldt-Klinikum angewendet wird, Schule machen?

Aus meiner Sicht wäre zunächst eine komplette Testung aller Patienten und des Personals ausreichend gewesen. Wenn die Strategie einer kompletten Klinikschließung Schule macht, haben wir wirklich in wenigen Wochen den nationalen Notstand, da B117 sicher häufig nachweisbar ist.

Es ist davon auszugehen, dass die Regierung eben vermeiden möchte, dass sich eine Klinikschließung wiederholt und mit dieser Argumentation die sogenannten *Lockdown*-Maßnahmen für alle Menschen verlängern wird. Wie sehen Sie dies im Hinblick auf die Situation an Ihrer Klinik?

Ich denke, wir haben insgesamt in Deutschland und insbesondere bei uns im Vivantes Humboldt-Klinikum als Gesamtteam im Frühjahr sehr gut agiert und unsere Erfahrungen gesammelt. Eine AOK-Studie vom Sommer hat ergeben, dass nur circa zwei Prozent der Gesamtbetten und nur zehn Prozent der Intensivkapazitäten in Deutschland benötigt wurden. Der Altersmedian der Verstorbenen liegt aktuell in Berlin bei 83 Jahren. Circa 60 Prozent sind nicht auf Intensivstationen gestorben. Auch wenn im Herbst doppelt so viele Covid-Patienten auf den Intensivstationen lagen, war das System nie an der Belastungsgrenze. Alle anderen Informationen waren Panikmache oder Berufspolitik. Im schlimmsten Fall schon Wahlkampf.

Ist eine Verlängerung über den 14. Februar hinaus notwendig, damitdie Versorgungs- und Arbeitssituation an Ihrer Klinik nicht chaotisch wird?

Die Gesamtbelegung war im letzten Jahr keinen großen Schwankungen unterworfen. Eine Klinik arbeitet sowieso erst ab 80 Prozent Belegung kostendeckend. Aber es gibt große Unterschiede in Europa. Zum Vergleich: Spanien hat rund neun Intensivbetten pro 100.000 Einwohner, Deutschland 33. Die Sterblichkeit ist identisch. Deutschland hat also eher eine Überkapazität. Umgekehrt war im Frühjahr die gute ambulante Versorgung im Zusammenspiel mit den Gesundheitsämtern in Deutschland ein Vorteil. In Ländern wie Frankreich oder Italien, wo. auch die Testungen in den Kliniken stattfanden, sind nachweislich mehr Menschen gestorben. Aus dieser Perspektive ist ein *Lockdown* für mich völlig irrational. Erste Daten aus Schweden beispielsweise zeigen, dass es auch dort 2020 ohne *Lockdown* keine Übersterblichkeit gab.



Abgeschottet: Das Berliner Humboldt-Klinikum. *Fotochrome: DW/J. Rottweil*

Haben Sie und ihre Kollegen persönlich Angst vor dem Corona-Virus?

Ich habe keine Angst, in meiner Altersgruppe ist die Wahrscheinlichkeit bei einer Infektion zu versterben circa 0,05 Prozent. Aber es gibt schon eine größere Anzahl von Kollegen, die sich jetzt auch schnell impfen lassen möchten.

Wie gehen Sie mit der sogenannten Pendelquarantäne um, also dem Befehl, sich nur noch zwischen Arbeitsstelle und Zuhause bewegen zu dürfen?

Dadurch, dass alle Freizeitaktivitäten sowieso nahezu eingefroren sind, fühle ich mich bisher nicht beeinträchtigt. Theoretisch dürfte ich sogar mit dem Fahrrad oder dem ÖPNV in die Klinik fahren, nur mit meiner Familie darf ich nicht spazieren gehen. Und Einkaufen muss jetzt meine Frau alleine.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp

Da die großen Plattformen wie youtube, facebook und google Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
kenfm.de
rubikon.news
corodoks.de
corona-ausschuss.de
mutigmacher.org
multipolar-magazin.de
ärzte-für-aufklärung.de
klagepaten.eu

*Diese »**Banken**« schlossen oder verweigerten dieser Wochenzeitung aus regierungspolitischen Gründen die Konten.*



MELDUNG

EINE SPRITZE FÜR DIE JUGEND

Berlin/DW. Laut Berichten des Blattes *Welt* wird über den Einsatz des neuartigen Vektorimpfstoffes des Herstellers Astrazeneca vor allem bei jüngeren Menschen diskutiert. Die beiden im Eilverfahren bereits zugelassenen Impfstoffe der Hersteller Moderna und Biontech/Pfizer wurden hingegen bislang vorrangig bei älteren Menschen und bei Pflegepersonal verspritzt. Vorangegangen war eine großangelegte Diskussion, dass der Impfstoff der Firma Astrazeneca für ältere Menschen keine besondere Wirksamkeit haben könne. Dieser neue Impfstofftyp ist unter Wissenschaftlern umstritten, da er eine künstliche genetische Information in die Zellen bringt und somit eine Veränderung des Menschen auf zellulärer Ebene darstellt. Kritiker sehen darin einen Präzendenzfall zur genetischen Veränderung des Menschen. (hes)

WO MAN HINSCHAUT, IST B117

DW/Bayreuth. In einer Klinik im oberfränkischen Bayreuth wurde Medien- und Regierungsmeldungen zufolge am vergangenen Mittwoch die Virusvariation B117 gefunden. Nach Berliner Vorbild wurden 3.000 Klinikmitarbeiter unter Androhung von Strafe mit der Maßnahme »Pendlerquarantäne« belegt. Auch in anderen Städten Deutschlands wurde diese Virusform demnach gefunden. Diese scheint weit verbreitet zu sein. Das Auffinden der kleinen Abweichung begleitete ein großes Medienecho. Es gibt keine Erkenntnisse, dass diese Corona-Variation gefährlicher ist, als andere Grippeinfektviren. (hes)

KÖNNEN SIE SICH NOCH AN DEN R-WERT ERINNERN?

Berlin/DW. Laut »Corona-Lagebericht« des Berliner Senates (*berlin.de*) liegt der vielbeschworene R-Wert, die Reproduktionsrate zum Corona-Virus, derzeit bei 0,74. – Erinnern Sie sich noch? Das sollte mal eine Kennziffer des Horrors sein, eine Todesrate geradezu. Sie müsse unbedingt unter den Wert 1 gedrückt werden, hieß es. 0,74 also? Die ohnehin verfassungswidrigen und epidemiologisch sinnlosen Maßnahmen können damit als beendet gelten. (sma/ale)

Wöchentliche Sterbefallzahlen in Deutschland

2020 · 2016 - 2019 (Durchschnitt) · 2016 - 2019 (Bandbreite min./max.) · 2020 (darunter COVID-19)

Kalenderwoche

Quellen: Sterbefallzahlen insgesamt: Statistisches Bundesamt, COVID-19-Todesfälle: Robert Koch-Institut
© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Der Sars-Cov-2-Virus (Corona) existiert. Er ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

»VERFASSUNGSWIDRIG«: RICHTER BEENDET CORONA-VERORDNUNG

DW/Weimar. Das Weimarer Amtsgericht hat am 11. Januar 2020 einen Mann freigesprochen, der gegen ein Bußgeld wegen Verstoßes gegen die Eindämmungsverordnung geklagt hatte. In der umfangreichen Begründung wurde die Verordnung und auch der *Lockdown* als verfassungswidrig beurteilt. Das Oberlandesgericht Thüringen prüft nun, die vom Amtsgericht festgestellte Rechtswidrigkeit der Kontaktverbote und muss jede einzelne der zahlreichen Begründungen der Verfassungswidrigkeit verhandeln. Der öffentliche Termin steht nicht fest. (hes)

Versuch der Einschüchterung

Post vom Landeskriminalamt: Arzt sieht politischen Missbrauch der Polizei

»Wo ist der Anfangsverdacht dazu?«, empört sich der Mediziner und Publizist Dr. Paul Brandenburg. In einem Schreiben des Landeskriminalamtes (LKA) wird dem Berliner Arzt vorgeworfen, dass er ein »unrichtiges Gesundheitszeugnis« ausgestellt hätte. »Das ist ein massiver Einschüchterungsversuch und ein unfassbarer politischer Missbrauch der Polizei«, erklärt Brandenburg. »Der Staat scheint nun mit der politischen Kriminalpolizei auf prominente Gegner loszugehen, indem er willkürlich ein polizeiliches Ermittlungsverfahren einleitet.«

Das Vorgehen scheint Methode zu haben. Brandenburg ist nicht der erste Arzt, der solch ein Schreiben erhielt. Der Ablauf stellt sich folgendermaßen dar: Polizeibeamte nehmen Menschen, die keine Maske tragen können, die Atteste ab unter dem Vorwand diese seien gefälscht. Diese Atteste gehen an die Abteilung 2 im Landeskriminalamt Berlin. Die dort tätigen Kriminalbeamten senden daraufhin dem Arzt, der das vorliegende Attest ausgestellt hat, eben jene Beschuldigung zu, die auch Brandenburg erhalten hat. Ein Vorgehen, das für Dr. Brandenburg bisher in einem Rechtsstaat undenkbar war. Er hält das Vorgehen der Polizei für »reine Willkür« und überlegt, zivil- und strafrechtliche Schritte einzuleiten, »damit diese offenkundigen Schikanen aufhören«.

Auf die Frage des DW, wie die Ärztekammer Berlin die Ermittlungen der Kripo einschätzt, wollte der Pressesprecher der Organisation, Ole Eggert, sich nicht äußern. Er wies aber mit den Worten, »sind ja verbandelt«, auf den Journalisten Martin Lejeune hin. Brandenburg hatte sich in einem Interview sehr bestimmt zur Ärztekammer und ihrer Einstellung zur uneingeschränkten Maskenpflicht geäußert: »Hier wird vollkommen unkritisch ein politisches Narrativ transportiert. Ich finde es katastrophal, dass sich die Berliner Ärzteschaft zum wiederholten Mal in der Geschichte dieses Landes so zum Handlanger einer absolut fragwürdigen Politik macht.« Das Gespräch fand am 14. Januar dieses Jahres statt. Das Schreiben des Landeskriminalamtes an Brandenburg wurde sechs Tage danach, am 20. Januar, verfasst. (sma)

Die Notwehr: Verfassung

von Ralph T. Niemeyer, Vorsitzender des Deutschlandkongresses

Seit nun fast zehn Monaten erleben wir, wie die Bundeskanzlerin, die Bundesminister, sämtliche Ministerpräsidenten, sowie Landesminister – die allen im Bundestag vertretenen Parteien außer der AfD angehören - mit der Kettensäge durch die vom Grundgesetz verbürgten Grundrechte gehen und sich somit *de facto* zu »Reichsbürgern« machen. Gleichzeitig wollen ausgerechnet SPD-Minister Maas und Lambrecht, beides Volljuristen, jenen Bürgern, die sich mit dem höchst umstrittenen Impfstoff quasi als Versuchskaninchen zur Verfügung stellen, die Grundrechte zurückgeben.

Der Thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow, ein Linker und seit Jahrzehnten ein Freund von mir, schrieb mir aggressive *Telegram*-Nachrichten, wenn ich ihn ab und zu auf Fakten hinwies, die ich aus offiziellen Verlautbarungen des Robert-Koch-Institutes oder des statistischen Bundesamtes bezog. Zum Beispiel die Tatsache, dass selbst in Thüringen zwar mehr Menschen oberhalb der allgemeinen Lebenserwartung verstorben sind, als in den vergangenen Jahren, es aber aufgrund der demographischen Entwicklung, logischerweise auch mehr ältere Menschen gibt, die sterben müssen, so traurig auch jeder Einzelfall ist. Unsere Freundschaft, die bis dahin oft einen demokratischen Streit mithilfe von Sachargumenten ausgehalten hatte, zerbrach in der vergangenen Woche, weil Sachargumente nicht mehr zählen durften. Es ging um überhöhte moralische Ansprüche. Er schrieb mir, ich müsse ja nicht wie er Tausende Kondolenzschreiben unterzeichnen. Ich warf ihm vor, inzwischen Teil der Merkel'schen Querfront geworden zu sein. Meine Befürchtung, dass die uns Regierenden vermutlich selber die für sie aufbereiteten Falschmeldungen des RKI und der regimetreuen Medien tatsächlich glauben, ist dadurch weiter bestätigt worden. Meinen Hinweis, dass er womöglich eine Nebelwand um sich herum aufgebaut bekommen hat, ich mir aber sicher sei, dass er selber moralisch das Richtige zu tun glaube, quittierte Bodo Ramelow mit dem Satz, ich hätte »nicht mehr alle Latten am Zaun«. Das ist nun also das Niveau, sogar zwischen alten Freunden.

Wenn sich also das Grundgesetz *de facto* durch die »Verfassungswirklichkeit« *ad absurdum* führen lässt, die »Pandemie"«-mit ständig sinkenden Fallzahlen aufwartet, die Intensivbettenkapazität zwischen Juli und November 2020 um rund 3.500 abgesenkt werden kann, die Engpässe sich trotzdem in den Grenzen halten, die bei bei jeder Grippesaison auftreten, und nun die üblichen Protagonisten mit und ohne fragwürdige Titel von Professoren Wieler und Lauterbach bis zu Drosten händeringend die mögliche Gefahr durch Mutationen beschwören, bloß um das Narrativ der über uns Herrschenden aufrechtzuerhalten, *dann* ist die Frage zu stellen, warum wir nicht als Bevölkerung des Landes, welches Deutsch heißt, solchen Leuten den pseudojuristischen Boden entziehen und die Legitimität absprechen, indem wir uns, wie in Artikel 146 GG vorgesehen, in freier Selbstbestimmung eine Verfassung geben? Dann wären die von Lobbyisten gefütterten Parteipolitiker allesamt auf einen Schlag demokratisch entschärft und eine basisdemokratische »Stunde Null« möglich, in der auch die Souveränität Deutschlands ohne Zweifel und Hintertürchen à la Nato-Truppenstatut und Fußnoten zum *Zwei-plus-Vier-Vertrag* uneingeschränkt und endgültig geregelt werden könnte.

EINE VERFASSUNG FÜR DIE WENDE

So weit waren wir eigentlich schon einmal vor 31 Jahren. Am 7. Oktober 1989 gründete ich mit Freunden unterschiedlicher Parteien und Demokratiebewegungen aus der DDR, wie dem Charité-Augenarzt Professor Gerhard Goder, und BRD-Leuten zunächst in Berlin und danach am 10. November 1989 in Bonn-Bad-Godesberg den »Deutschlandkongress«, denn ich hielt nicht nur die DDR, sondern in ebensolchem Maße die BRD für reformfähig und in beiden Systemen dies auch für absolut geboten. – In der BRD hatte ich in Folge der Barschel-Affäre hautnah den korrupten Machtapparat und die verlogenen *Mainstreammedien* beobachtet und war mit Kohl mehrfach wegen der U-Boot-Affäre und zuletzt der Chemiewaffenfabrik in Rabta aneinandergeraten. Letztere hatte er, angeblich ohne Wissen der US-Amerikaner, wie Bush mir gegenüber sagte, genehmigt. Nach dem mysteriösen Tod von drei meiner Kollegen, die mit mir an der Aufdeckung der Affären beteiligt waren, war ich schließlich Anfang 1989 in die DDR ausgewandert. Als Sozialist wäre ich dort eigentlich am richtigen Ort gewesen, aber auch die DDR war längst an ihren eigenen Idealen gescheitert und so kam der Zusammenbruch nicht überraschend und auch mein Versuch, den Putsch bei der Schabwoski-Pressekonferenz aufzuhalten, war eher der Verzweiflung geschuldet, mit dem Mauerfall auch meinen eigenen Schutz wieder zu verlieren.

Ziel des »Deutschlandkongresses« war nicht eine schnelle Vereinigung der beiden deutschen Staaten, sondern mithilfe einer gesamtdeutschen Debatte um die Verfassung, die wir uns wünschten bis 1995 in Kraft treten zu sehen, eine basisdemokratische Abstimmung aller Deutschen in freier Selbsbestimmung. Leitlinien waren für uns die Demokratiebewegung des Hambacher Schlosses sowie die Märzrevolution, aber auch der März 1919 und schließlich der Generalstreik, der am 17. März 1920 den Kapp-Putsch beendete. Es sah auch zunächst so aus, als würde eine deutsche Verfassung verhandelt werden. Am 10. Februar 1990 fragte ich Kohl unmittelbar nach seinem Staatsbesuch im Kreml nach der Verfassunggebenden Versammlung und er antwortete: »Wir werden eine neue Verfassung zu schaffen haben.« *ARD* und *ZDF* sendeten es so. Auch Gorbatschow, den ich danach fragte, bestätigte mir diese Zusage von Kohl.

Als dann im März 1990 die Volkskammerwahlen zugunsten der CDU und ihrer bürgerlichen Partner in der DDR ausgingen, zugleich aber die Stimmung in der DDR, aufgrund der sich durch die stabilisierenden Maßnahmen der Modrow-Regierung erholenden wirtschaftlichen Lage, nicht mehr so eindeutig für eine rasche Vereinigung feststellbar war, beschloß man in Bonn, die »Niedervereinigung« zu beschleunigen und nicht mehr eine Verfassung auszuhandeln, sondern nach Artikel 23 GG die DDR einfach beitreten zu lassen. Am 17. Juni 1990 brachten rechte Abgeordnete einen Antrag ein. Noch am selben Tag, quasi ohne Vertrag, der BRD beizutreten. Wir vom Deutschlandkongress waren ebenfalls alle von Kohl überrollt worden und die Verfassung war, ebenso wie der Friedensvertrag in weite Ferne gerückt. Wenige Tage vor dem 3. Oktober 1990 fragte ich BRD-Außenminister Genscher in New York nach möglichen Stationierungen von Nato-Truppen auf dem Gebiet der dann ehemaligen DDR. Er sagte im Beisein von US-Außenminister James Baker, dass dies nicht vorgesehen sei, »....und auch nicht darüber hinaus.« Gorbatschow äußerte sich mir gegenüber in einem Interview, zwölf Tage vor Ende der UdSSR tief enttäuscht über die Wortbrüche seiner westlichen Verhandlungspartner.

ES LEBE DIE FREIE BUNDESREPUBLIK

Als ich am 29.8.2020 in meiner Rede in Berlin sagte, wir müssten dort fortsetzen, wo wir vor 30 Jahren steckengeblieben seien und nach Artikel 146 GG verfahren, da war dies der zweite Aufruf meinerseits nach 1989 für eine *Verfassunggebende Versammlung* und einen Friedensvertrag. Inzwischen ist es uns auch gelungen, die zahlreichen anderen Gruppierungen, die sich mit dem Thema zwischenzeitlich befasst haben, in einen Austausch mit dem »Deutschlandkongress« zu kommen, damit es keine konkurrierende Veranstaltungen sind, sondern alle an einem Strang ziehen. Denn nur so werden wir erfolgreich sein. Gegenwärtig läuft eine online Registrierung und Verifizierung über *deutschlandkongress.poovi.de* damit sichergestellt wird, dass jede und jeder basisdemokratisch mit der Einbringung von Vorschlägen für die *Deutsche Verfassung* sowie der Abstimmung teilnehmen kann – aber eben auch klargestellt worden ist, dass nur deutsche Staatsbürger daran teilnehmen, damit es keinen Missbrauch oder rechtliche Fragwürdigkeiten gibt. Es ist nun an der Zeit, dass wir alle gemeinsam das Heft des Handelns als Souverän in die Hand nehmen und die dilettantischen Versuche der Machterhaltungsganoven, uns ein imperialistisch-kapitalistisches 5G-Überwachungsregime à la China zu verpassen, endgültig friedlich und demokratisch vereiteln.



Foto: RPP-Institut

Demo am 29. 8. 2020 in Berlin mit mindestens 2 Millionen Teilnehmern, Redner Robert F. Kennedy, der Demokratischen Gewerkschaft, Querdenken und weiteren.

Psychopathen regieren die Welt

***Die sogenannte Corona-Krise bringt es an den Tag:** Die Herrschaftsfraktionen leben ihre Psychopathologie im allgegenwärtigen Staatsterrorismus hemmungslos aus. Seit spätestens März 2020 ist offensichtlich: Eine Mehrheit der Menschen unterwirft sich mit serviler Opferhaltung den Psychopathen an den Schalthebeln der Macht. Damit unterstützen sie genau das Terrorregime, unter dem sie selbst leiden.*

***Der folgende Beitrag des Psychotherapeuten Peter Stuurman** kommt vom niederländischen Magazin »Gezond Verstand« mit freundlicher Genehmigung, wurde von Margreet Booij übersetzt und von Ullrich Mies gekürzt.*

Wörtlich übersetzt bedeutet Psychopathie Geisteskrankheit. Im Laufe der Zeit hat der Begriff jedoch eine viel spezifischere Bedeutung bekommen. Er bezieht sich jetzt auf eine bestimmte Art von Geisteskrankheit, die sich von allen anderen psychischen Erkrankungen in fast jeder Hinsicht radikal unterscheidet. Einer der wichtigsten Unterschiede ist, dass Psychopathen ohne die Kooperation geistig gesunder Menschen keinen Schaden anrichten könnten.



»Tschüß!« Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU, im Bild ganz rechts) vergisst zu winken!

Collage von Jill Sandjaja, Galerie KDW, Berlin

Laut Forschungsergebnissen betrifft Psychopathie ein bis fünf Prozent der Bevölkerung. Das Bemerkenswerte an dieser häufigsten Geisteskrankheit ist, dass die »Opfer« das Phänomen selbst begünstigen, indem sie unbewusst mit den Psychopathen kollaborieren. Da es so viele Millionen Menschen betrifft, kann man von einem kollektiven Problem sprechen.

Dennoch ist dieses Phänomen in der Öffentlichkeit weithin unbekannt. Und was wir nicht kennen, können wir auch nicht erkennen. Die meisten Menschen verwenden das Wort »Psychopath« eher als Schimpfwort, denn als klinischen Hinweis auf eine Geisteskrankheit. Mit dem Begriff verbinden viele das Klischee eines lustgetriebenen Serienmörders oder eines grausamen Menschen, wie er in Hollywoodfilmen dargestellt wird. Doch dieses Bild ist völlig falsch. Für Psychopathen ist nicht typisch, Menschen zu verletzen oder zu töten. Sie lieben ganz einfach gar nichts.

Das wichtigste Merkmal der Psychopathie ist das Fehlen eines Gewissens. Das Gewissen ist bei geistig gesunden Menschen der wichtigste moralische Kompass. Manche nennen es die »Seele«. Liebe, Empathie und Schamgefühle, moralische Selbstreflexion, sind Teil dieses menschlichen Kerns. Weil Psychopathen diese Seele fehlt, kennen sie keine moralischen Grenzen.

Da Psychopathen nicht lieben können, können sie sich auch nicht selbst lieben. Darum verachten alle Psychopathen sich selbst und sind davon überzeugt, dass andere sie ebenfalls verachten, sobald diese ihre wahre Natur sehen. Daher kreieren sie für ihre Außenwelt immer eine Maske der Normalität. Diesen gespielten Charakter machen sie sich schon von klein auf zu eigen und versuchen, ihn im Laufe ihres Lebens zu perfektionieren. Sie präsentieren sich als das Gegenteil dessen, was sie wirklich sind: als fürsorglich, sozial engagiert, äußerst wertvoll und talentiert, als Anführer, Retter und Überbringer von Sicherheit, Geborgenheit und Glück.

Psychopathen sind davon überzeugt, nicht für das eigene Wohlergehen sorgen zu können. Sie benötigen die Zuwendung und die Unterstützung anderer. Sie glauben auch, dass sich andere ihnen nie von sich aus zuwenden würden. Deshalb versklaven sie Menschen, damit diese sie mit dem versorgen, was sie brauchen. Psychopathen wollen Sklaven.

Einige Forscher halten Psychopathie für einen Gendefekt, andere für die Folge eines frühkindlichen Traumas. Die Krankheit tritt zwar häufig in aufeinander folgenden Generationen auf, aber sie muss nicht unbedingt genetisch bedingt sein. Denn traumatisierte Eltern traumatisieren ihre Kinder. Die Ursache lässt sich nicht ändern, die Folgen schon.

»JEDER, DER SICHERHEIT UND GLÜCK ANBIETET, UND IM GEGENZUG OPFER VERLANGT, IST EIN PSYCHOPATH«

Nur wenn es Psychopathen gelingt, ihre Beute zu täuschen und Macht über sie zu erlangen, kann ihre Psychopathie funktionieren. Sie täuschen, indem sie verführen. Sie sind Meister darin, die Begierden ihrer Beute zu erspüren und darauf zu reagieren. Zu Beginn einer Beziehung erscheint der Psychopath wie ein Geschenk des Himmels. Er teilt genau deine Interessen, versteht deine Probleme, ist aufmerksam und zeigt volles Verständnis für deine Gefühle. Dann lässt er dich glauben, dass er dir genau das bringt, was du brauchst. Seine Erzählung ist so überzeugend und attraktiv, dass sie unwiderstehlich erscheint. Doch das versprochene »Heil« lässt immer länger auf sich warten. So beschuldigt der Psychopath seine Beute, ungeduldig zu sein. Danach gibt er seiner Beute die Schuld. Du bist zu instabil, zu dumm, zu egoistisch, zu psychisch unausgeglichen und zu ungehorsam. Du musst erst seine Bedingungen erfüllen, um das versprochene Heil zu erhalten. Sobald die Beute daran denkt, wegzugehen, wird eine neue Charmeoffensive eingesetzt, oft begleitet von *mea culpa*. Oftmals wird die Beute wieder daran glauben. Wenn das nicht funktioniert, wird die Beute mit aller Härte angegriffen.

Doch Psychopathen wollen mehr als unterwürfige Sklaven. Weil ihnen selbst die Seele fehlt, sind sie zutiefst unglücklich und eifersüchtig. Sie wollen die menschliche Essenz ihrer Beute rauben und zu ihrer eigenen machen. Psychopathen wählen im Allgemeinen eine für sie wertvolle Beute und damit genau das Gegenteil ihrer selbst: gute Menschen, mit geschätzten Eigenschaften. Da eine Seele nicht adoptiert werden kann, entscheiden sie sich in der Praxis für die Zerstörung der Essenz ihrer Beute, um sich von ihrer brennenden Eifersucht zu befreien. Weil sie kein Gewissen haben und keine Empathie kennen, ist ihnen das Leid, das sie ihrer Beute zufügen, völlig gleichgültig.

Alle Psychopathen streben nach Macht. Durch ihr Machtbedürfnis und ihr lebenslanges Training im Lügen erreichen sie schließlich die angestrebten Autoritätspositionen. »Erfolgreiche« Psychopathen nehmen daher immer Positionen ein, in denen sie anderen Aufgaben aufzwingen können. Da Psychopathen nicht durch moralische Grenzen behindert werden, haben sie einen entscheidenden Vorteil im Rennen um die Spitze. Wo andere aufgeben — weil sie es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können — machen sie weiter. Manchmal gehen sie auch über Leichen. Sie nutzen ihre Macht, um nicht-psychopathische Konkurrenten rücksichtslos zu vernichten. Je höher auf der Hierarchieleiter, desto mehr Psychopathen sind zu finden. Mittlerweile sind alle entscheidenden Machtpositionen von Psychopathen besetzt.

Daher wird die Welt von Psychopathen regiert. Sie schaffen eine psychopathische Welt, in der für die Essenz des Menschseins immer weniger Platz bleibt, und die Lüge so dominant ist, dass die Wahrheit kaum noch eine Rolle zu spielen scheint. Obwohl diese psychopathische Welt zur Mentalität der großen Mehrheit der Menschen überhaupt nicht passt, wurde sie aber von den meisten Menschen unter Führung der Psychopathen aufgebaut.

Die Mehrheit muss lernen, wieder die Kontrolle über die eigenen Emotionen, wie Angst und den Wunsch nach Sicherheit und Glück, zu übernehmen und zu behalten. Jeder, der Sicherheit und Glück anbietet und im Gegenzug Opfer verlangt, ist ein Psychopath. Ein Lügner. Lügner können nur erfolgreich lügen, wenn die Beute nicht merkt, dass es sich um Lügner handelt. Jäger und Beute sind beide notwendig. Sobald sich die Beute nicht mehr benutzen lässt, weil sie den Jäger erkannt hat, ist es vorbei. Mit einem kollektiven Bewusstsein des Phänomens und dem Erkennen der Psychopathie ist der notwendige Nährboden weg.



PRESSEFREIHEIT IN GEFAHR!

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Als ob es nicht genug gewesen wäre, die Autorin dieser Zeitung Sophia-Maria Antonulas am 09.01.2021 auf einer Demonstration auf dem Berliner Alexanderplatz, unter dem Vorwand einer Attestkontrolle ihrer Freiheit zu berauben (DW berichtete), legten Beamte der 31. Einsatzhundertschaft der Berliner Polizei jetzt noch einen drauf.

Im Nachgang an die Demonstration am 23.01.2021 auf dem Alexanderplatz, auf der ich selbst vor Ort war und eine Rede gehalten habe, wurde Sophia nunmehr von ihren Peinigern genötigt. Der juristische Laie würde sagen, *bedroht*.

Nach dem Ende der Demonstration, als sie gerade den Platz verlassen wollte, bauten sich vor ihr vier Polizisten auf. Einer davon sagte: »Ich kenne sie ja vom letzten Mal.« Ein anderer teilte ihr mit: »Können Sie mich erkennen? Ich habe sie in den Gefangenentransporter gesperrt.« Der Beamte erwähnte zudem noch, dass Sophia versucht habe, die Beamten wegen der Maßnahme am 9. Januar anzuzeigen.

Ein weiterer Beamter forderte Antonulas sodann dazu auf, ihr Atteste zu zeigen, meinte aber gleichzeitig: »Nein, sie haben ja kein Attest, das haben wir Ihnen weggenommen.« Als die Journalistin ihr Attest vorzeigte, wurde dies mit den Worten kommentiert: »Das Attest hier ist gefälscht oder eine Kopie, entweder Sie gehen jetzt oder wir unterziehen sie einer polizeilichen Maßnahme.«

Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist noch, dass Antonulas schon bei der Erstattung der Anzeige einige Tage vorher mitgeteilt wurde, dass diese nichts bringen würde, weil »die Kollegen nichts falsch gemacht haben«. Nach dem Legalitätsgrundsatz hat darüber aber die Staatsanwaltschaft zu befinden, nicht der Beamte, der die Anzeige aufnimmt. Die Äußerung kann durchaus als versuchte Strafvereitelung im Amt, § 258a II StGB, gewertet werden.

Wesentlich kritischer ist aber das Vorgehen der Beamten vor Ort zu würdigen, da Antonulas durch deren Äußerungen und offensives Auftreten eingeschüchtert werden sollte, was eine versuchte Nötigung in einem besonders schweren Fall darstellen dürfte, § 240 IV Nr. 2 StGB.

Markus Haintz ist Jurist, Rechtsanwalt, Bürgerrechtler und Journalist. Der Preisträger der Republik gilt als möglicher künftiger Amtsträger nach der Bundestagswahl am 26. September 2021.

Haintz hat einen Telegrammkanal: t.me/Haintz

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen via nichtohneuns.de!*

DANKE:

Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. – Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an KDW e.V., IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57

BERLINER DEMONSTRATION FÜR PRESSEFREIHEIT

Berlin/DW. Der Rechtsanwalt und Bürgerrechtler Markus Haintz hatte für den 22. Januar vor das Brandenburger Tor zu einer Demonstration für die Pressefreiheit aufgerufen (siehe auch Foto Seite 7). Wenige Tage zuvor hatte die Polizei eine Redakteurin dieser Zeitung (DW berichtete) bei der Ausübung ihrer Arbeit angegriffen und verhaftet. Haintz musste die anwesenden Beamten immer wieder zur Raison rufen, forderte die Berliner Polizei auf, »menschlicher mit Menschen umzugehen«.

»Die Hoffnung, dass wir verschwinden, ist nicht berechtigt. Das führt nur immer weiter in die Diktatur«, eröffnete Anselm Lenz, Herausgeber des DW, die Kundgebung. »Wir arbeiten gegen die Spaltung, sprechen mit allen und denken über eine fortschrittliche Zukunft nach. Es ist neu, dass eine Regierung radikaler agiert als alle vermeintlichen Links- und Rechtsradikalen und dazu die Pressefreiheit massiv angreift.« Die freien Journalistinnen in Deutschland haben derzeit eine wichtige Chronistenpflicht. Dank ihrer Arbeit kann nachgewiesen werden, dass die Regierung schon immer wissen konnte, dass es ganz andere Meinungen gab und gibt und die Menschen für die Grundrechte aufstehen. Mehrere Medienvertreter berichteten *live* von der Demonstration. Sie traten aber auch vor die Kameras und schilderten, wie die Polizei agiert. Die Journalistin Anja Heussmann stellte die rhetorische Frage: »Befinden wir uns noch in einer Demokratie?« (jro)

DAS ZEITUNGSWUNDER

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand: Seit 17. April 2020 mit teils über 560.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 11 Millionen in 35 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N°7 vom 6. Juni 2020.

JAHRESABO 2021 ABSCHLIESSEN:
demokratischerwiderstand.de

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Datum / Zeit	Ort	Titel
30.01.2021 9-12 Uhr	Wolfsburg, Parkplatz Allerpark	Autokorso
30.01.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
30.01.2021 13-16 Uhr	Braunschweig, KFZ-Zulassungst. Porschestr.	Fahrgemeinschaft
30.01.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
30.01.2021 14-17 Uhr (jeden 2. Sa)	Wien, Heldenplatz	FAIRDENKEN Demonstration
30.01.2021 15-18 Uhr (jeden Sa)	Bad Kreuznach, Kornmarkt	Wir für das Grundgesetz
30.01.2021 14-18 Uhr (jeden Sa)	Berlin, Alexanderplatz	Aufhebung aller Corona-Maßnahmen u. Wiederherstellung der Grundrechte
30.01.2021 15:30-18 Uhr	Rothenburg ob der Tauber, Marktplatz	Corona-Demo
30.01.2021 15-18 Uhr	Naumburg (Saale), Marktplatz	Bewegung in Gemeinschaft
30.01.2021 18:30-19:30 Uhr (täglich)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Tägliche Mahnwache auf dem Marktplatz
31.01.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Bregenz, Platz vorm Festspielhaus	Demonstration
31.01.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
31.01.2021 14-16 Uhr	Dornbirn, Marktplatz	Spaziergang
31.01.2021 14:30-16:30 Uhr (jeden 2. So)	Illertissen, Marktplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
31.01.2021 14-19 Uhr	Hagen, Friedrich-Ebert-Platz	#IchLasseMichNichtImpfen#
31.01.2021 13-22 Uhr	Wien, Maria-Theresien-Platz	Großkundgebung
31.01.2021 10-23:59 Uhr	Deutschlandweit, Überall	Demonstration
01.02.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
01.02.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
01.02.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Bernau, Bahnhofsvorplatz	Montagsdemo Bernau
01.02.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Klagenfurt, Neuer Platz	Lichtermarsch
01.02.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Krefeld, Theaterplatz	Demonstration für Menschenrechte, Grundgesetz und Freiheit
01.02.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin, P1 Messe Berlin, Hammarskjöldplatz	Autokorso durch Berlin
01.02.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
04.02.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
05.02.2021 10-13 Uhr (jeden Fr)	Eisenstadt, Hauptstraße 18	Versamlung/Infotisch
05.02.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Linz, Hauptplatz	Fest für die Freiheit
05.02.2021 17-20 Uhr (jeden Fr)	Hamm, Marktplatz vor der Pauluskirche	Spaziergang zur Stärkung des Immunsystems
05.02.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Fr)	Weißenhorn, Rathausplatz	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
05.02.2021 17-20 Uhr	Linz, Hauptplatz	Faschingsdemo
07.02.2021 14-16 Uhr	Feldkirch, Innenstadt	Spaziergang
08.02.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
10.02.2021 15-19 Uhr (jeden 2. Mi)	Enzesfeld-Lindabrunn, Wiener Neustädterstr.	Arbeitsgruppe Positiver Wandel
14.02.2021 14-16 Uhr	Bludenz, Joseph-Wolf-Platz	Spaziergang
14.02.2021 12-18 Uhr	Hamburg, Heiligengeistfeld	Demokratisches Gewerkschaftstreffen
20.03.2021 12-18 Uhr	Berlin, Vor dem Bundestag	Großdemo

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

Wir sind viele

Unser rasender Reporter Clark Kent berichtet von Erlebnissen und Ereignissen der Demokratiebewegung

Auf meinen Reisen erlebe ich sehr viele Abenteuer und schöne Situationen. Doch ein Anruf vor ein paar Tagen gab mir den Anlass, diesen Bericht hier zu schreiben, der sich mit den dunklen Seiten unserer Zeit befasst.

Im Anruf berichtete mir ein Mensch, den ich aus der Demokratiebewegung kenne, dass die Polizei bei ihm eine Hausdurchsuchung gemacht hatte, weil bei ihm angeblich eine falsche Attestierung zur Befreiung für das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes vorläge. Alles konnte fachlich begründet werden, aber das genügte den Behörden anscheinend nicht. Das Urteil eines Arztes und das Vertrauensverhältnis zum Patienten gilt für sie nichts mehr. Diese Person muss diese falsche Anschuldigung ertragen und zusehen, wie Verhältnis zwischen Arzt und Patienten zerstört wird und alle Grundlagen der wissenschaftlichen Methodik aufgehoben wurden. Weiterhin wird das Leben dieser Person systematisch zerstört. Das Leid betrifft nicht ihn, sondern auch die anderen Patienten, die Familie und deren Freunde. Die Liebe zwischen den Personen wird Gegeneinander ausgespielt. Er fühlte sich, als ob er alles verloren hätte, die Kontrolle, die Zukunft und jegliche Hoffnung. Sein Ausweg war, dass er sich das Leben nehmen wollte. Zum Glück hörte ich den Hilferuf und konnte eingreifen, bevor es zu spät war.

Ein anderer Fall: Als alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern und zwei Berufen hatte sie schon vor 2020 sehr viele Probleme. Unsere Gesellschaft macht es einem nicht einfach, wenn man nicht dem Idealtypen entspricht. Doch seit den *Lockdown*-Maßnahmen hat sich vieles noch verschlimmert. Sie soll sich gleichzeitig um die Kinder kümmern und den Berufen nachgehen. In einer Art, wie sie von einer Person nicht zu bewältigen ist. Sie bekommt auch keine Hilfe, weil sie gemieden wird. Sie konnte einfach nicht mehr so leben. Zum Glück hörten wir den Hilferuf und konnten durch das Helfa-Projekt eingreifen, bevor es zu spät war.

Ein anderer Mann wurde durch Mobbing aus dem Berufsleben gedrängt, weil er keine Maske tragen kann. Der Grund dafür ist, dass er in einem asiatischen Land im Gefängnis war und sie ihn dort mit *Waterboarding* gefoltert hatten. Er fühlt sich heute in dieser Gesellschaft noch schlimmer, als damals im Gefängnis. Jeden Tag kämpft er, damit er den Mut zum Leben nicht verliert. Doch manchmal bekommt er immer noch Ideen, wie er aus dieser Situation ausbrechen kann: Er wollte an einer Demonstration teilnehmen und sich dort vor allen Menschen das Leben nehmen, um ein Zeichen zu setzen und die Menschen aufzurütteln. Zum Glück hörte ich den Hilferuf, bevor es zu spät war.

Das sind nur drei Beispiele von Menschen, die mich kontaktierten und die ich kennenlernen durfte. Bei anderen Menschen kam jegliche Hilfe zu spät. Egal, wer diese Zeilen hier liest, seid euch bewusst, dass jegliches Handeln immer Konsequenzen hat. Diese Menschen hätte ich nicht mitbekommen, wenn ich nicht auf Reisen gewesen wäre. Ich hätte es nicht mitbekommen, wenn ich ihnen nicht zugehört hätte. Ich hätte es nicht aufhalten können, wenn ich sie nicht ernst genommen hätte. Egal, was passiert, bitte gebt den Menschen eine Chance, damit das Leben lebenswert bleibt oder wieder wird. Toll übrigens die riesigen Traktorendemos durch Berlin in der ablaufenden Woche!

DEUTSCHLAND IM JANUAR 2021

***Ein* KOMMENTAR | von Sophia-Maria Antonulas**

Die Bundesregierung und die Landesregierungen wollen um jeden Preis eskalieren.

Große Demonstrationen für Demokratie und Menschenrechte sind aus fadenscheinigen Gründen verboten. Nur Mini-Kundgebungen werden genehmigt. Aber erst, wenn die Anmelder durch mehrere Instanzen auf ihr Grundrecht bestehen. Diese kleinen Versammlungen werden sodann von Einsatzhundertschaften und Sondereinsatzkommandos schikaniert und drangsaliert. Es herrscht Willkür: Behörden verbieten Musik. Polizeibeamte gehen sogar Frauen brutal an, sperren sie ohne Rechtsgrundlage in Zellen und bedrohen einzelne Versammlungsteilnehmer nach Stasi-Manier (und Schlimmerem). Alle Zeichen stehen auf Sturm, wenn die Politik ihre Macht beweisen will.

MECHANISMEN DES 20. JAHRHUNDERTS

Die Regierenden in Bund und Ländern wollen ihr Volk provozieren, erniedrigen und die Situation eskalieren. Polizei, Ärztekammer, Kirche und Schulbehörden machen wieder mit. Bisher hat die Exekutive es trotz Wasserwerfern, Gewalt und unsinnigster Regeln nicht geschafft, Bilder wie jüngst in den Niederlanden zu erzeugen. Das ist den friedliebenden Menschen zu verdanken, die die deutsche Demokratiebewegung seit fast einem Jahr in Schwung halten. Denn wer für das Grundgesetz demonstriert und dabei auch noch mit beiden Händen ein Herz formt, lässt sich nicht so leicht provozieren.

Um Gesundheit geht es jedenfalls schon lange nicht mehr – falls es darum überhaupt jemals ging. Das haben die meisten in diesem Land inzwischen erkannt und leisten auf ihre Weise passiven Widerstand. Die einen gehen nach wie vor friedlich auf die Straße, lassen sich dabei ruhig von Polizisten beleidigen, einsperren, erniedrigen und sogar körperlich angreifen. Manche Beamte aber arbeiten bewusst sehr, sehr langsam und blockieren so das Corona-System. Krankenhausmitarbeiter, Lehrer, Polizisten und Feuerwehrleute sind langfristig krankgeschrieben. Viele Menschen befinden sich im Konsumstreik, bezahlen nur noch in bar und kaufen nur das Nötigste. Die große Mehrheit jedenfalls pfeift auf den *Lockdown* – da helfen auch Quarantänelager nichts.

Von Brandenburg bis Bayern, vom Saarland bis nach Sachsen wird in Kellern und Hinterzimmern gegessen, gesoffen, getanzt und gefeiert. Ganz Deutschland leistet passiven Widerstand. Das ist zwar der längere, aber es ist der einzige Weg. Denn mit Gewalt leisten wir dem totalitären Regime nur Vorschub.

Schneller am Ziel wären wir, wenn TV-Stars und -Sternchen sich nicht nur Atteste holten, sondern sich endlich einen Ruck gäben, um sich von den verstaubten Mechanismen des 20. Jahrhunderts loszureißen. Zeigt doch offen, dass ihr im neuen Jahrtausend angekommen seid. Mit Herz im Hier und Jetzt, in der Gemeinschaft, für eine Zukunft ohne Angst.

KÜSSEN!

GROSSDEMO FÜR 14. FEBRUAR IN HAMBURG DURCH GEWERKSCHAFT ANGEMELDET

Hamburg/DW. Ein Bündnis um den Preisträger der Republik Nana Domena hat für den 14. Februar 2021 eine Großdemonstration in Hamburg angemeldet. Als Orte werden Heiligengeistfeld, Landungsbrücken, Rathausmarkt und Volksparkstadion gehandelt. Anlässe sollen der Valentinstag sowie das Ende des *Lockdown*-Regimes sein. Der Bundessprecher der anmeldenden Demokratischen Gewerkschaft (DG), Daniel Ré, sagte gegenüber dieser Zeitung: »Nana wird, nachdem er den Süden motiviert hat, als Moderator und Zugpferd im Norden fungieren!« (ale)

VERLEUMDER AUF WIKIPEDIA ENTTTARNT UND VERKLAGT

Berlin/DW. Laut *anti-spiegel.ru* sind Verleumder von Oppositionellen vor Gericht gescheitert. Die betroffenen Journalisten Markus Fiedler und Dirk Pohlmann hatten zuvor aufgedeckt, dass Jörg Mathias Claudius Grünewald unter dem Tarnnamen »Feliks« im bekannten Online-Nachschlage-Blog Wikipedia Oppositionelle systematisch verleumdet. Grünewald klagte absurderweise gegen seine Enttarnung und verlor in allen Punkten. Nach dem Verlust der Anonymität wurde er auch noch vom Schriftsteller Elias Davidsson erfolgreich auf 8.000 Euro Schadenersatz verklagt. Grünewald hatte auch Davidsson verleumdet. Ebenfalls unter Verdacht steht der Zweite Bürgermeister der Stadt Haar, Ulrich Leiner. (jro)

POLENS DISKOTHEKEN MACHEN WIEDER AUF

Gdańsk/DW. Am vergangenen Wochenende öffneten in mehreren polnischen Städten Nachtclubs und Bars aus Protest gegen den anhaltenden *Lockdown* ihre Türen. Der Betreiber des am Protest teilnehmenden Danziger Wolnosc-Clubs (dt. Freiheit) stellte gegenüber dem polnischen Sender TVN fest: »Ich habe mein Auto verloren und meine Ersparnisse. Zurzeit sperren die Gerichtsvollzieher mein Konto, versuchen, mir mein Haus wegzunehmen, die geleasten Geräte aus dem Club abzuholen. Ich habe keine andere Wahl, entweder gehen wir diesen Weg und öffnen, oder wir hören auf zu existieren.« Die Polizei konnte und wollte der Öffnung der Lokale nichts entgegensetzen. (hes)



Videostill: DW/Steve Schramm

Demonstration für Pressefreiheit unterm Brandenburger Tor am Freitag, 22. Januar: Der Jurist Markus Haintz spricht, die Berliner Polizeitruppe überprüft die druckfrische 34. Ausgabe einer der auflagenstärksten Zeitungen unseres Landes. Ob sie findet, was sie sucht? Die Demonstration mit rund 400 Teilnehmern war erst am selben Morgen genehmigt und bekanntgegeben worden. Anlass: Die Verhaftung von DW-Co-Chefredakteurin Sophia-Maria Antonuluas bei der Ausübung ihres Berufes. Siehe auch Seiten 5 und 6 sowie DW N°33. *(ale)*

CORONA-MASSNAHMEN THERAPEUTISCH UNTER DIE LUPE GENOMMEN

INTERVIEW *mit Sprachtherapeutin, Sonderschullehrerin und Heilpraktikerin für Psychotherapie | von Hannes Henkelmann*

Von unserer Kanzlerin animiert, habe ich als Kritiker der Corona-Politik eine psychologische Fachkraft aufgesucht. In der Praxis angekommen, wurden statt meiner sensiblen Kritikerseele die Maßnahmen auf die Couch gepackt und ob ihrer psychischen Gesundheit für die Bevölkerung, insbesondere die der Kinder und Jugendlichen, beleuchtet. Das Interview ist freigegeben, Frau B. möchte indes nicht mit vollem Namen genannt werden.

DW: Wie kommen Ihre kleinen Patienten mit den inzwischen doch restriktiven Maßnahmen zurecht?

Bei den Kindern ist es sehr unterschiedlich und abhängig von vielen Faktoren wie Alter, individuelle Betroffenheit durch die Maßnahmen, dann natürlich von der Persönlichkeit, dem Gesundheitszustand, von der Einstellung und dem Verhalten der Eltern und ganz besonders auch von der Einstellung und dem Verhalten weiterer Bezugspersonen, vor allem in den Bildungssystemen.

Ich erlebe das gesamte Spektrum von Kindern und Jugendlichen, die aus meiner Sicht noch ganz »heile« erscheinen bis hin zu denen, die jetzt bereits durch das, was sie im Rahmen der gesamten Situation erlebt haben, tief verunsichert bis traumatisiert sind.

»Wenn die Erwachsenen, die einen Halt geben müssten gegen die Angst, selber Angst haben, dann ist die ganze Welt nur noch konnotiert als furchterregend!« Das Zitat ist von Eugen Drewermann. Hat er Recht?

Ja! Ein Fallbeispiel eines Kindergartenkindes: Nachdem die Kinder in einer Kita in einem sogenannten Corona-Stuhlkreis über den Virus aufgeklärt wurden, hatte es Bauchschmerzen und Albträume.

Aber es geht nicht nur um Angst vor dem Virus oder Erkrankung. Das ist nur eine Komponente. Es geht vor allem auch um Schuld. Dadurch, dass von Beginn an die Möglichkeit von asymptomatischen Infektionen als große Gefahr so hervorgehoben wurde, sind wir alle füreinander ständig als potentielle Seuchenüberträger definiert. Das bedeutet, dass aus dieser Perspektive betrachtet, jeder Mensch permanent eine Grundschuld mit sich trägt, überhaupt zu existieren und durch seinen Atem andere Menschen potentiell zu töten.

Was bedeutet das für die Kinder?

Bisher gab es in ihrem Leben die greifbare Erfahrung, manchmal krank zu sein. Dieser Zustand fühlt sich schlecht an, da soll sich besser keiner anstecken. Aber ohne jegliche Symptomatik ist es einfach nicht mehr greifbar. Wenn ein Kind täglich mit dieser Schuld eines potentiellen Infektionsüberträgers durch sein Leben geht, ist es nicht verwunderlich, dass doch erstaunlich viele Kinder angeblich so toll die Maske akzeptieren. Ich interpretiere es so, dass sie sich hiermit von vermeintlicher Schuld freikaufen. Hierfür sind sie bereit, Opfer zu bringen und diese dann gar nicht mehr als solche zu empfinden.



»Was ich als hochproblematisch empfinde, ist die Umerziehung der Kinder: Abstand ist gut, zusammen spielen falsch, Maske tragen ist solidarisch, keine Maske gefährlich.« Der Widerstand von sozial Engagierten wächst. Foto: H. Henkelmann

Ich weiß gar nicht mehr, von wievielen Situationen ich gehört habe, in denen Erwachsene, beispielsweise in der Schule, Kindern gesagt haben, sie seien Schuld, wenn jemand anders sterben würde, weil sie sich an irgendeine Hygieneregel nicht halten oder weil sie von der Maskenpflicht befreit sind. Genau diese Kommunikation ist ja auch bereits im Strategiepapier des Bundesinnenministeriums aus dem März 2020 verankert worden, daher ist es kein Wunder, wenn sie dann auch von Teilen der verängstigten Bevölkerung so aufgegriffen wird.

Die Kinder selbst übernehmen teilweise dieses Narrativ. Ein befreundeter Lehrer berichtete mir von einer Jugendlichen, die sich wochenlang in der Schule zurückgezogen und sehr bedrückt gewirkt hatte. Auf seine hartnäckige Nachfrage hin sei sie zusammengebrochen und habe weinend erzählt, dass sie von den anderen Jugendlichen gemieden werde, seit sie an einem Tag gesagt habe, sie habe Bauch- und Kopfschmerzen. Die anderen hätten gesagt, sie könnte jetzt vielleicht Corona haben. Somit ist diese Jugendliche quasi auf Verdacht behandelt worden wie eine Aussätzige. Aus meiner Erfahrung in den Erwachsenentherapien kann ich nur sagen, dass solche Ereignisse sehr nachhaltige Folgen haben können.

Also leiden viele Kinder entweder unter Angst oder unter Schuldgefühlen?

Ja, bei einigen liegt der Schwerpunkt auf der Angst, bei anderen auf dem Schuldgefühl und bei manchen trifft beides zu. Einige Kinder erleben das nicht so bewusst, aber unterschwellig arbeitet es doch, was daran sichtbar ist, dass die meisten Kinder doch recht »brav« und verständnisvoll auf so Vieles verzichten. Sie verlieren hier ihre Intuition für ihre eigentlichen Bedürfnisse, die sie unterdrücken müssen.

Einige Kinder leiden auch ganz explizit unter den Maßnahmen und zeigen dies durch entsprechende körperliche oder psychische Symptomatik. Ich habe ein 12-jähriges Mädchen bei mir in der Therapie, die hat jeden Tag massive Kopfschmerzen vom Tragen der Maske. Aus einem Beratungskontext kenne ich die Geschichte eines 6-jährigen Jungen aus einer ersten Klasse in Bayern, der sogar Angst hat, durch das Maskentragen zu sterben, seit eine Klassenkameradin, die neben ihm saß, höchstwahrscheinlich aufgrund des maskenbedingt erhöhten Co2-Spiegels kollabiert ist.

Ich habe Jugendliche, die es aktuell »chillig« finden zu Hause zu bleiben und nicht raus zu müssen, aber ich habe auch andere, die gerade durch Online-Unterricht und einen allgemeinen Mangel an Aktivitäten und Kontakten depressiv und antriebsarm werden oder auch nervös und gereizt. Ein Jugendlicher hat angefangen sich selbst zu verletzen, was er vorher nicht gemacht hatte. Eine andere Jugendliche hat Panikattacken entwickelt.

Natürlich gibt es insgesamt immer die Kinder und Jugendlichen, die es noch »besser« haben, mit unterstützenden Elternhäusern, komfortablen Wohnsituationen mit Gärten, noch umsetzbaren Hobbies und einigen stabilen Sozialkontakten. Und es gibt die, die jetzt aus meiner Sicht vollkommen im Stich gelassen werden. Bei denen schulisches Lernen in keiner Weise unterstützt werden kann, die keine Tagesstruktur mehr haben, medienabhängig werden, schlimmstenfalls sogar häuslicher Gewalt ausgesetzt sind und so weiter.

Was können Erwachsene tun, um Kinder zu schützen?

Die beiden wichtigsten Botschaften wären aus meiner Sicht: Du brauchst keine zu Angst haben, denn Kinder werden gar nicht oder nur leicht krank und dann schnell wieder gesund! Und: Ja, manchmal werden Menschen schwer krank, manche Menschen sterben auch, aber daran bist du nicht schuld! Du bist gesund und darfst dich auch so fühlen!

Kinder, die das vermittelt bekommen, werden zunächst entlastet. Jetzt besteht nur das große Problem, dass die Kinder in vielen anderen Kontexten etwas ganz anderes hören und erleben. Und das bringt sie verständlicherweise durcheinander. Einige Kinder geraten in Solidaritätskonflikte. Sie vertrauen ihren Eltern, sie vertrauen ihren Lehrern, und dann erzählen beide etwas vollkommen Widersprüchliches. Wem sollen sie jetzt glauben, zu wem sollen sie halten?

Und wenn die Kinder tatsächlich psychisch robust und gut unterstützt sind und sich gut und gesund fühlen, dann haben sie aktuell in vielen Bildungseinrichtungen wenig Chancen, zu ihrer Befindlichkeit zu stehen, ihre Rechte einzubringen und damit Gehör zu finden. Denn es ist im Moment so, dass es einfach ein sehr starkes und aus meiner Sicht einseitiges Narrativ von der angeblich einzig richtigen und alternativlosen Sichtweise gibt. Was ich in diesem Zusammenhang als hochproblematisch empfinde, ist die aktuelle Umerziehung der Kinder. Es werden Werte vermittelt, die ich als äußerst bedenklich empfinde.

Der Fotograf Hannes Henkelmann, Autor des Buches »Zwei Tage in Berlin«, interviewt für den DW Woche für Woche Betroffene und Experten.

Wissenschaft im Informationskrieg

INTERVIEW *mit dem Bioinformatiker 3-D-Animator Bobby Rajesh Malhotra* | Von Aya Velázquez

DW: Du warst im Anfang 2020 bis Juni 2020 auch an der Covid-19-Forschung beteiligt. Wie kam es dazu?

Ich arbeitete als 3D-Künstler in einem Forschungszentrum für Molekularmedizin. Als es letztes Jahr im Januar mit Corona losgegangen ist, sind viele Labore in eine Art Wettlauf um die wissenschaftliche Vorherrschaft auf diesem Gebiet getreten. Ich wurde in meinem Forschungszentrum in einer SARS-Cov2-Taskforce eingesetzt. Meine Aufgabe war es, das sogenannte Spike-Protein des Corona-Virus zu visualisieren und unter die Lupe zu nehmen. Ich habe mit meinem 3D-Programm sogenannte Gaps, also Leerstellen in den Sequenzen aufgefüllt.

Wie kann man sich das vorstellen?

Dazu vergleicht man sie mit anderen vorhandenen molekularen Daten aus der RCSB-Datenbasis, und dort, wo was fehlt, stückelt man das sozusagen zusammen und hat dadurch ein volleres Bild des Spike-Proteins. Zu diesem Zeitpunkt habe ich angefangen, den Labormitarbeitern kritische Fragen zur Methodik zu stellen. Die haben sich daraufhin sehr bedeckt gehalten. Im Nachhinein weiß ich, dass sie mir gegenüber einfach nicht zugeben wollten, dass es ihr täglich Brot ist, bei der In-Silico-Herstellung mit diesen Löchern im Code herumzuexperimentieren.

Was bedeutet das: »In-Silico-Herstellung«?

Das ist die theoretische Herstellung von Virenfragmenten und Proteinteilen. Mir kam das Ganze plötzlich spanisch vor. Hinzu gesellte sich das Problem der primären Patientenisolate. Das Labor war gerade damit beschäftigt, 1.000 österreichische Proben zu isolieren und zu sequenzieren. Dabei kamen immer mehr Mutationen heraus. Ich habe mich gefragt, wie in einem Länder-Cluster auf einmal derart viele Mutationen da sein können. Das war ziemlich unrealistisch.

Wie hat Ihr Betrieb auf ihre kritischen Nachfragen reagiert?

Es kam der Tag im vierten Quartal 2020, an dem mir eröffnet wurde, dass mein Arbeitsvertrag nicht mehr verlängert wird. Daraufhin habe ich an einem Tag auf Twitter einen großen Beitrag mit 124 Tweets verfasst. Zuvor hatte Prof. Ulrike Kämmerer im Corona-Ausschuss Nummer 22 die Problematik der Drosten-PCR Tests erklärt. Ich habe das mit meinem Wissen verknüpft und versucht, das für den Anfänger auf Twitter zu erklären - eine Mischung aus Korruption, Bioinformatik und den allgemeinen Problemen mit dem PCR-Verfahren. Dieser Thread ist ziemlich eingeschlagen. Auf diese Weise bin ich an Dr. Pieter Borger gestoßen, der zur gleichen Zeit bereits auf *Research Gate* (Wissenschaftsplattform, Anm. Red.) kritisch unterwegs war.

Was ist aus diesem Kontakt entstanden?

Irgendwann hat er mich gefragt, ob ich mich ihm anschließen möchte, um mit ihm ein Rückzugsgesuch für das Drosten-Paper zu schreiben. Nach einem Treffen mit Pieter Borger und Ulrike Kämmerer war eigentlich alles relativ schnell klar. Wir haben unsere wissenschaftlichen Kreise gefragt und 22 WissenschaftlerInnen zusammengebracht. Nachdem wir das Rückzugsgesuch bei Eurosurveillance eingereicht hatten, kam die Frage: Was machen wir jetzt? Wollen wir abwarten und das Ganze verschwindet damit unauffällig im Nirgendwo? Ich habe mich dazu entschieden, eine Internetseite daraus zu machen, die Seite cormandrostenreview.com.

Was war der Effekt?

Dadurch ist die ganze Diskussion über die PCR-Tests an die Öffentlichkeit geraten. Diesen Januar haben wir mit einem »Addendum«, einem Nachtrag, noch einmal umfangreiche Laborevidenz hinzugefügt.

Die Antwort vom »Team Drosten«?

(lacht) Keine. Drosten wird von einem oder mehreren PR-Agenturen für *Social Media* betreut. Die Beratung und Betreuung dieser PR-Firmen ist allerdings eher bescheiden. Das heißt, er schickt uns dann irgendwelche, von PR-Firmen angeheuerten Kommentarschreiber vorbei, die ein entsprechendes Antworten-Skript bereithalten. Drosten selbst hat uns natürlich keine Antworten gegeben außer halbgare Hashtag-Kampagnen vom Binder Lab (Labor des Drosten-Netzwerks, Red.) oder dass wir irgendwie Nazis seien. Der wissenschaftliche Diskurs selbst jedoch war nicht da. Interessanterweise finden die meisten Kämpfe gerade auf Twitter statt. Ich bin gerade ziemlich tief in diesem Krieg drinnen, diesem digitalen Informationskrieg.

Du würdest da wirklich von einem Krieg sprechen?

Ja, definitiv. Wenn ich einen Schritt zurück trete und aus meiner Künstlerperspektive darauf schaue – das klingt jetzt vielleicht etwas überspitzt – dann sind wir fast in einer Art Dritten Weltkrieg, nur findet dieser eben digital statt. Es gibt da eine Vorlesung von Richard Dawkins, da redet er vom sogenannten Mems, oder des Memplex, das kollektive Bewusstsein der Ideen. Wer gewinnt diesen Informationskrieg? Wir kämpfen de facto gegen gut budgetierte PR-Unternehmen, die einen bestimmten Auftrag bekommen haben, bestimmte Inhalte durchzudrücken. Wir kämpfen mit Fakten dagegen an, damit möglichst viele Menschen aufwachen.

Anmerkung der Redaktion: Dies ist eine gekürzte Version des Interviews, auf demokratischerwiderstand.de erscheint es in voller Länge. Er berichtet darin von weiteren Korruptionsvorwürfen gegen das Corman-Drosten-Netzwerk, die Macht der kritischen Masse und die hohe Kunst des Trollens. Bobby ist auf Twitter: @Bobby_Network

Aufstände in Holland

Amsterdam, Sonntag, 23.Januar 2021. | Ein Augenzeugenbericht von Margreet Booij, Amsterdam, Mitarbeiterin der niederländischen Zeitschrift *Gezond Verstand*, eingeholt per Telefon



In niederländischen Städten kommt es seit Tagen zu Aufständen gegen das Corona-Lügenregime. Königlicher Gesundheitsschutz? Stattdessen fanatische Terrorangriffe auf die Bürger. In Amsterdam (Foto) und Eindhoven provozierte die gegen das niederländische Volk instrumentalisierte Polizei sogar gewalttätige Auseinandersetzungen. Foto: Videostill rt.com

Allerdings, ich war dabei und es war so: Am Anfang, wir waren etwas früh, gab es sehr friedliche Leute — und NUR friedliche Leute.

So wie wir. Alle haben mit allen geredet, gelacht, sich ausgetauscht. Die Anzahl der Menschen war etwas enttäuschend, so um die 600. Aber dann kamen mehr und mehr und so um 14.15 Uhr gab es um die 3.000 bis 4.500 Menschen.

Wir waren mitten auf dem Museumsplatz, als wir bemerkten, dass wir umkreist wurden. Wir hatten schon gesehen, dass es ein idiotisches Polizeiaufgebot gab. Aber außer, dass uns nach den Ausweisen gefragt wurde, und warum wir eine Reitkappe trügen, war alles noch gut. Wir antworteten, dass wir das immer machen, wenn wir spazieren gehen in Amsterdam. Denn man weiß ja nie, was die Polizei so macht. Die haben nur blöd aus der Wäsche geguckt und das war es.

Dann, um etwa 15.00 Uhr, wurde aus einer Drohne herausgerufen, dass wir den Platz verlassen sollen. Keiner war in Eile, bis es dann plötzlich zu spät war und die Idioten mit Pferden, Hunden, einem Wasserwerfer auf uns zu kamen. Wir sind gerannt bis ins Wohnviertel Amsterdam-Süd. Dort glaubten wir, sicher zu sein. Aber nein, die haben uns durch die Straßen gehetzt wie Vieh, es war furchtbar.

Dann, als wir sicher waren und unser Auto suchten, ging das nicht, weil es überall, wo du gucken konntest, Polizei mit Schutzschilden und Hundestaffeln rumgelaufen und gestanden sind.

Warum? Niemand weiß es. Um kurz nach 16 Uhr gelangten wir doch zu unserem Auto. Danach soll es angeblich 190 Verhaftungen gegeben haben. Aber ich glaube den Polizisten kein Wort mehr. Jedenfalls haben die *Mainstreammedien* wieder gelogen wie gedruckt. Denn es waren nie und nimmer 1.500 Menschen, sondern mindestens 3.500 – und nicht die Demonstranten haben provoziert, sondern die Polizei. Und wie. Am Ende war es wie eine »Warzone«, eine Kriegszone. Die sind alle komplett durchgeknallt, insbesondere unsere sogenannte Bürgermeisterin. – So, das war ein Augenzeugenbericht aus erster Hand. Oh ja, es gab auch ganz viele Jugendliche, die sehr verzweifelt waren, weil ihnen gerade die schönste Zeit ihres Lebens gestohlen wird. Mit denen habe ich noch mehr Mitleid, als mit uns allen. (ymi)

Steuergelder, versunken im Ozean der Blödheit

Bundesgesundheitsminister Spahn hat Milliarden völlig ungeeigneter Masken gekauft, die er nicht loswird und auch nicht bezahlen kann. Jetzt sollen wir uns den Schrott vor Mund und Nase setzen? | Von Hermann Ploppa

Sicher haben Sie sich auch schon gefragt, warum wir jetzt plötzlich mit OP-Masken oder sogar mit den buchstäblich atemberaubenden FFP2-Masken in Bahnen und Bussen, Geschäften und Arztpraxen herumlaufen müssen. Es ist doch mittlerweile bekannt: Diese »medizinischen« Masken schützen in keiner Weise. Sie sind sogar ungesund. Warum also dieser gemeingefährliche grobe Unfug?

Ganz einfach: Das Bundesgesundheitsministerium hat im letzten Frühjahr die falschen Masken bestellt! Da machten alle Leute unseren armen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ganz kopfscheu mit dem Alarmruf: Hilfe! Alle Länder haben schon Schutzmasken gegen den heimtückischen Sars-CoV-2 gekauft, und wir stehen ganz ohne was da! Im blinden Aktionismus, der ja ein Markenzeichen unserer heutigen Politikerkaste ist, machte Spahn ein so genanntes *Open-House*-Bieterverfahren.

Das ist schon lange gängige Praxis in der deutschen Gesundheitspolitik. Der Minister lässt ausrufen: Wer kann uns OP-Masken zu einem Stückpreis von sechzig Cent in einer Mindestmenge von 25.000 Exemplaren sofort ins Haus liefern? Und wer kann uns in derselben Mindeststückzahl FFP2-Masken zu einem Abnahmepreis von 4,50 Euro schicken? Nun erging es unserem Spahn genauso wie Goethes Zauberlehrling, der dem magischen Besen befiehlt Wasser zu machen, und es kommt eine nicht mehr zu bremsende Flut. Denn es war nirgendwo eine Obergrenze zur Abnahme der georderten Masken festgeschrieben worden. Da die Abnahmepreise viel zu hoch angesetzt waren, fluteten die Händler die Bundesrepublik mit einem Tsunami an billig eingekauften und viel zu teuer von Spahn abgenommenen Masken aus aller Herren Länder.

Zauberlehrling Spahn bekam es mit der Angst zu tun. Wenns brenzlig wird, beauftragt Spahn das Unternehmensberatungs- und Anwaltsbüro Ernst & Young (EY), das seit 2015 für das Gesundheitsministerium das Grobe erledigt. In diesem Falle, die aufdringlichen Maskenhändler abzuschütteln. Es gab übrigens keine Ausschreibung für den Beratervertrag. EY kassierte mal eben 9,5 Millionen Euro, um sich mit den geprellten Händlern herumzuzanken. Die wendigen Anzugträger von EY sagten den Händlern entweder, ihre Masken seien minderwertig. Was in dem einen oder anderen Fall sicher auch stimmte. Oder die bestellten Masken wurden abgenommen, aber nie bezahlt.

Das TV-Wirtschaftsmagazin WISO stellte eine Händlerin vor, die trotz Bestellung auf 14 Millionen FFP2-Masken und 10 Millionen OP-Masken sitzenblieb. Sie ließ 70 Lastwagen mit den Masken zum Zentrallager im hessischen Biblis fahren, dem Ort mit dem umstrittenen Kernkraftwerk. Abgenommen wurde aber nur eine LKW-Ladung. Die restlichen 69 wurden abgewiesen und mussten auf Rechnung der Händlerin wieder zurückfahren, um die ungeliebte Ware in einem eigens angemieteten Lager abzukippen.

Dass unsere Bundesregierung mittlerweile die Seriosität von Mietnomaden angenommen hat, fanden die Lieferanten gar nicht witzig. Hunderte von Zivilklagen gegen die Bundesregierung auf Auszahlung der versprochenen Gelder für die angeforderten Masken türmen sich im Bonner Gericht auf.

Im Spätsommer wurde es dann langsam eng für Spahn und seine Freunde. Denn die öffentlich-rechtlichen TV-Sender berichteten ausführlich über Spahns Zechprellerei. Und sogar Bundestagsabgeordnete der Opposition erwachten aus dem Sommerschlaf. Fabio di Masi von der Linkspartei und Bettina Stark-Watzinger, FDP, starteten eine Reihe von kleinen parlamentarischen Anfragen. Es ging dabei um die dubiose Auftragsvergabe an Ernst & Young. Nach welchen Kriterien waren die Masken eingekauft worden, nach welchen Kriterien bestellte Waren abgewiesen?

BUNDESREGIERUNG VOR INHAFTIERUNG

Bundestagsabgeordnete aller Parteien baten den Bundesrechnungshof zu ermitteln, ob ein Einkaufspreis von 4,50 Euro pro FFP2-Maske angemessen ist. Denn nach allen vorliegenden Informationen gilt ein Einkaufspreis von 1,20 Euro als handelsüblich. Eine Überzahlung um beinahe den Faktor vier stellt eine grobe Verletzung des Sparsamkeitsgebots im Umgang mit öffentlichen Steuermitteln dar. Die Expertin für Vergaberecht, Ute Jasper, stellt in der bereits erwähnten TV-Sendung WISO fest, dass das Haus Spahn gegen Vorschriften aus dem Beihilfe-, Preis- und Haushaltsrecht verstoßen hat. Auf Anfrage verkriecht sich das Spahn-Ministerium erneut in der gefühlten dramatischen Situation, »dass angesichts der äußersten Dringlichkeit der Bedarfsdeckung und der sehr starken Nachfragekonkurrenz mit dem festgelegten Preis ein Anreiz zum Abschluss eines Vertrags mit dem Bund geleistet werden musste.« Wie der dann folgende Masken-Tsunami über dem Hause Spahn deutlich zeigte, bestand die in der Ausrede angeführte Angebotsknappheit zu keinem Zeitpunkt. Wie groß ist der Schlamassel wirklich?

ANTWORT DER BUNDESREGIERUNG: »Auf verschiedenen Beschaffungskanälen hat der Bund bis Ende 2021 insgesamt rund 1,7 Mrd. FFP2/KN95/FFP3-Masken sowie rund 4,2 Mrd. OP-Masken vertraglich gesichert (einschließlich der Lieferungen im Tenderverfahren Maskenproduktion Deutschland). Davon sind bereits insgesamt rund 964 Mio. Schutzmasken aller Kategorien an die Zieladressaten ausgeliefert oder im Besitz des Bundes (Stand: 29. Juni 2020). Die übrigen Masken kommen wie geplant Zug um Zug in den nächsten Monaten und bilden die Basis für die nach dem Beschluss der Bundesregierung aufzubauende Nationale Reserve Gesundheitsschutz. So sind wir in der akuten wie für künftige Pandemien noch besser gerüstet.«

»Künftige Pandemien.« Man hat sich also noch viel vorgenommen. Bevor die rettenden neuen Pandemien endlich eintreffen, könnten womöglich die Masken verdorben sein. Die FFP2-Masken müssen nämlich in einem Zeitraum von zwei Jahren verbraucht sein. Sonst müssen sie teuer entsorgt werden. Wie dereinst die Impfstoffe gegen die imaginäre Schweinegrippe, wo Impfstoffe im Wert von 18 Milliarden Euro im Wärmekraftwerk Magdeburg buchstäblich verbrannten. Bevor das passiert, kann man doch die Bürger per Erlass zwingen, die auf Halde liegenden FFP2- und OP-Masken jetzt schon mal zu verbrauchen. Und so kommen wir in den fragwürdigen Genuss, mit Spahns überzähligen Masken unser Antlitz zu ver(un)zieren.

Vermutlich war der plötzliche Verbrauch von FFP2-Masken durch Zwangsverordnungen im Sommer noch nicht vorgesehen. Jedenfalls riet das immer regierungsamtliche Robert Koch-Institut bis vor kurzem von einer Anwendung der oben erwähnten Arbeitsschutzmaske für private Anwendung in deutlichen Worten ab.

ZITAT ROBERT-KOCH-INSTITUT: »Beim bestimmungsgemäßen Einsatz von FFP2-Masken muss eine arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchung im Voraus angeboten werden, um durch den erhöhten Atemwiderstad entstehende Risiken für den individuellen Anwender medizinisch zu bewerten. Der Schutzeffekt der FFP2-Maske ist nur dann umfassend gewährleistet, wenn sie durchgehend und dicht sitzend (das heißt, passend zur Gesichtsphysiognomie und abschließend auf der Haut, Nachweis durch FIT-Test) getragen wird. Bei der Anwendung durch Laien ist ein Eigenschutz über den Effekt eines korrekt getragenen MNS hinaus daher nicht zwangsläufig gegeben. In den ›Empfehlungen der BAuA‹ und des ›ad-Hoc AK 'Covid-19' des ABAS zum Einsatz von Schutzmasken im Zusammenhang mit SARS-CoV-2‹ werden FFP2-Masken nicht zur privaten Nutzung empfohlen.«

Die Empfehlungen stammen von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Jetzt sind diese Empfehlungen aktuell aus dem Netz verschwunden. So ein Zufall. Es wurde auf der RKI-Seite gefordert, dass FFP2-Masken nicht länger als 75 Minuten getragen werden dürfen und dann eine Tragepause von mindestens 30 Minuten eingehalten werden müsse. Als mögliche Nebenwirkungen nennt das RKI Atembeschwerden und Gesichtsdermatitis. Das RKI betont, dass FFP2-Masken nur einmal getragen werden dürfen. Währenddessen werden wir im Internet von Schlaumeiern darin unterwiesen, wie wir unsere FFP2-Masken am besten waschen, damit wir sie wiederverwenden.

Es ist nicht bekannt, dass die Bundesregierung gegen diesen groben Unfug einschreitet. Und während gewöhnliche OP-Masken aufgrund des Medizinproduktegesetzes kontrolliert werden, unterliegen FFP2-Masken keiner Kontrolle, wie Söders Gesundheitsberaterin Professor Ulrike Protzer im *BR* deutlich machte.

Und nun also die pfiffige Idee, die Maskenhalden den Menschen draußen im Lande zwangsweise wie eine Torte bei Dick und Doof ins Gesicht zu drücken. Auch dabei spielt Geld überhaupt keine Rolle. Aus welchem unversiegbaren Füllhorn holt Spahn die finanziellen Mittel, um die Masken wie eine Karnevalsprinzessin unter das Volk zu streuen? Wir wissen es nicht.

Jedenfalls wird auch dieser Maskenball wieder von Ernst & Young ausgerichtet – für sage und schreibe 27 Millionen Euro. Man kauft jetzt die Apotheker ein für den völlig zweckentfremdeten Masken-Deal. Denn bereits seit Dezember wurden an 27 Millionen Mitbürger Päckchen mit je drei OP- oder FFP2-Masken verteilt. Wobei die Abnehmer durchaus auch noch mal zwei Euro auf den Tisch legen müssen. Wir verschenken doch nichts, oder?

Und die Apotheker bekommen für jede abgegebene Dreierpackung sechs Euro in die Hand. Bis zum Frühjahr soll jeder der 27 Millionen Empfangsberechtigten 15 Masken bekommen. Das macht nach Adam Riese und Eva Zwerg immerhin insgesamt 405 Millionen Masken, die vom großen Berg abgetragen werden können. Damit nicht so deutlich wird, dass die milden Gaben an die verängstigten Mitbürger im Grunde eine große Verramschungsaktion darstellen, müssen Apothekergehilfen aus Zehnerpackungen je drei Masken entnehmen und in Dreierpackungen überführen.

Es kann sich jeder unschwer am Taschenrechner im Handy kalkulieren, wie viel Steuergelder und Krankenkassenbeiträge unsere Bundesregierung hier gerade verschleudert. Um sich vor der Riesenblamage der TV-Bilder von öffentlich verbrannten Milliarden von OP- und FFP2-Masken zu schützen.

Was können wir Bürger tun, um die Nieten in Nadelstreifen nicht unbehelligt davonkommen zu lassen? Zunächst mal können wir ja unsere Bundestagsabgeordneten wie zum Beispiel Fabio di Masi oder Frau Bettina Stark-Watzinger fragen, wie sie jetzt mit ihren Recherchen gegen Spahn vorangekommen sind. Schicken Sie höfliche Anfragen an Ihre Abgeordneten in dieser Sache. Die Damen und Herren Bundestagsabgeordneten waren schon ein gutes Stück vorangekommen in der Causa Spahn. Doch seit letztem Oktober ist es im Bundestag in dieser Sache leider wieder recht still geworden. Nerven Sie die Presse. Lassen Sie nicht locker. Auch sollten sich doch wohl fähige Anwälte finden, die hier mal nachhaken.

Angesichts des erneuten gigantischen Schadens an der Gesundheit und der Lebensqualität der normalen Bürger und der unsäglichen Vertuschung gigantischer Unfähigkeit unserer Regierung, dürfen wir hier nicht locker lassen.

Hermann Ploppa ist Wirtschaftsressortchef dieser Zeitung.

Bargeld, Bitcoin,Blockchain

Digitales Geld im Internet, vermeintlich ohne staatlichen Zugriff? Kryptowährungen bergen Chancen und Gefahren für die Demokratie| Von Burak Erbasi und Nicolas Riedl

Bitcoin und Blockchain polarisieren in der Demokratie- und Friedensbewegung. Während die einen darin ein Teufelswerk der Finanzeliten sehen, die die Menschen durch Kryptowährungen weiter in die digitale Sklaverei treiben möchten, feiern die Enthusiasten diese neuartige Technologie als den Beginn einer dezentralen Revolution.

Die Blockchain-Technologie hat in kürzester Zeit die Wirtschafts- und IT-Welt aufgemischt und ist nun ins Blickfeld mächtiger privater und staatlicher Institutionen gelangt. Zurecht, denn die Blockchain und *Distributed Ledger Technology* (DLT), die dem sagenumwobenen Bitcoin zugrunde liegen, werden die Finanzwelt, wie wir sie bisher kannten, von Grund auf verändern und auch politisch die Würfel neu mischen.

Die Gefahren, die uns blühen, wenn die Regierungen flächendeckend ihre eigenen zentral verwalteten Kryptowährungen als verpflichtendes Zahlungsmittel durchsetzen, sind nicht zu unterschätzen. Wenn im Zuge dieser digitalen Transformation auch die Verwendung des Bargelds eingeschränkt oder gar ganz abgeschafft wird, werden wir als Bürger komplett gläsern dastehen.

Die Blockchain (Sperrkette) speichert alle Transaktionen in kryptografisch verketteten Datensätzen ab und macht somit die detaillierte Rückverfolgung der Zahlungsflüsse möglich. Außerdem ist sie immun gegen das Erschaffen und Einfügen neuer Währungseinheiten, sogenannten Coins, von außerhalb. Denn jeder einzelne Coin ist durch seine zusammenhängende Transaktionshistorie unterscheidbar.

Die Verwendungsmöglichkeiten der Blockchain-Technologie lassen selbstverständlich das Wasser im Munde machtgierigerer Interessengruppen zusammenlaufen. Die Chinesen haben bereits verkündet, sehr bald eine eigene Blockchain-basierte Kryptowährung einzuführen. Christine Lagarde von der EZB gab jüngst bekannt, dass wir in zwei bis vier Jahren in Europa mit einem digitalen Euro rechnen sollen.

Auch Großunternehmen wie *Facebook* erkennen die Zeichen der Zeit und arbeiten an einem privaten und zentralisierten Bezahlungssystem. Privat, nicht im Sinne von Anonymität und Privatsphäre, sondern im Sinne einer alleinigen Autorität eines nichtstaatlichen *Players* über dieses »Ökosystem«. Die Entwicklung läuft auf Hochtouren. So verkündete man das Projekt Libra (jetzt Diem) bereits im Juni 2019. Das neue *Facebook*-Geld soll die Katzenfotogemeinde als zuverlässige und stabile Kryptowährung überzeugen. Es soll zu diesem Zweck unter anderem an bekannte Währungen gekoppelt werden. Der Startschuss soll schon in diesem Jahr fallen.

KONZERN-WÄHRUNG ODER BITCOIN?

Demokraten aller Länder sollten auf die raschen Entwicklungen in diesem Bereich wachsame Augen richten. Staaten und mächtige private Institutionen werden die Potenziale der Blockchain-Technologie nicht ungenutzt lassen. Im Kampf für Souveränität, Demokratie und Privatsphäre wäre eine große Schlacht verloren, wenn die Bürger tatenlos zusähen, wie ihnen das Bargeld aus der Hand gerissen und stattdessen mit Kryptowährungen aus staatlicher oder privater Hand ersetzt würde.

Im 19. Jahrhundert hatte der russische Schriftsteller Dostojewski nicht ahnen können, von welcher Bedeutung seine Feststellung mal sein würde, als er Geld als »geprägte Freiheit« bezeichnete. Tatsächlich stellt das Bargeld einen wesentlichen Damm für die Freiheit und Datensouveränität der Bürger dar, der – wenn er mal bricht –, bislang ungeahnte Möglichkeiten der totalen Kontrolle ermöglicht. Die dramatischen Folgen einer Bargeldabschaffung füllen mittlerweile ganze Bücher.

Ohne Bargeld fallen jedweder Datenschutz und die Privatsphäre weg. Jeder Kauf und jede Inanspruchnahme jeglicher Dienstleistungen wird digital nachvollziehbar. Der Bürger wird gläsern und vollends kontrollierbar. Jene, die dieses digitale Geld kontrollieren, können darüber bestimmen, was, wo, und in welcher Menge ein Bürger (nicht) kaufen darf. Dem Bürger könnte der Zugang zu gewissen Produkten verwehrt werden. Genauso die Zahlung an bestimmten Orten zum Zweck der Einschränkung seiner Bewegungsfreiheit. Ebenso kann sein Zugang zu Geld an gewisse, vom Staat gewünschte Verhaltensweisen, respektive an seinen Gehorsam gekoppelt werden.

Missliebige und oppositionelle Bürger könnten durch das Zudrehen des Geldhahns handlungsunfähig gemacht werden. Nicht unerwähnt sollte hierbei die Möglichkeit der Enteignung bleiben, vermittels Negativzinsen oder *Bail-Ins*, also der Inhaftungsnahme der Bankkunden mit ihren Einlagen im Falle eines Verlusets ebendieser Bank.

Da ein gut vernetztes Bündnis, die *Better than cash Alliance* (Besser-Als-Bargeld-Allianz) sehr emsig an der Abschaffung der klingenden Münze arbeitet und durch den virologischen Imageverlust der Banknoten nochmal mächtig Aufwind bekommen hat, wird das Bargeld auf lange Sicht möglicherweise schwer zu retten sein. Sehr wohl wird immer die Möglichkeit bestehen, auf Regionalwährungen wie beispielsweise den berühmten »Chiemgauer« umzusteigen. Doch wie es der Name schon vermuten lässt, ist dessen Einsatz auf eine Region beschränkt.

LUST UND RISIKEN DES DIGITALKAPITALS

Als die kommerzielle Nutzung des Internets in den 1990er Jahren Fahrt aufnahm, verstanden viele Außenstehende noch nicht die Auswirkungen auf ihr Leben und auf die Politik. Eine grundsätzlich negative Haltung gegenüber Kryptowährungen und der unter Systemkritikern weit verbreitete Verdacht, dass sie insgeheim zum Zweck der Bargeldabschaffung geschaffen wurde, wird der Sache nicht gerecht. Tatsächlich erwuchs Bitcoin aus der sogenannten Cypherpunk-Szene (Kofferwort gebildet aus *Cipher*, englisch für Verschlüsselung, Kybernetik, also Maschinensteuerung und der Modebewegung Punk). Es waren zunächst diese Internet-Anarchisten, die es sich auf die Fahne geschrieben hatten, im Zeitalter der kommenden Digitalüberwachung geschützte Räume zu schaffen.

So wie auch das Internet neue Dimensionen der Propaganda und Kontrolle ermöglicht hat, so ähnlich kann auch die Blockchain missbraucht werden. Aber wir alle kennen auch die andere Seite der Medaille: Im Internet können sich Demokraten vernetzen. Kritischer Journalismus ist dort zugänglicher als zuvor.

Im Anwendungsbereich als Zahlungsmittel beispielsweise, gibt die Blockchain uns die Möglichkeit, ohne Mittelsmänner auszukommen. Will heißen: Um Transaktionen zu tätigen, bedarf es keiner Privatbanken oder privater Zahlungsdienste wie etwa PayPal mehr. Für die Schöpfung neuen Geldes und zur Regulierung der Geldmenge benötigt eine Blockchain-basierte Kryptowährung keine zentrale Steuerungs- und Kontrollinstanz, wie es in unserem aktuellen Geldsystem der Fall ist. Durch kryptografische Elemente ist dieses Peer-to-Peer-System (von Benutzer zu Benutzer) auch quasi unhackbar. Transaktionen können anonymisiert werden.

Als Beispiel seien hier sogenannte Private-Coins wie Monero, Dash und Zcash genannt. Zentralbanken mit ihrem sogenannten Fiat-Geld, das sich der demokratischen Kontrolle völlig entzieht, könnten bald der Vergangenheit angehören, wenn sich die Bürger massenhaft dazu entschließen würden, sich unabhängiger und dezentraler Regional- oder Kryptowährungen zu bedienen.

Trotzdem bleiben berechtigte Zweifel. Denn das Internet ist in letzter Konsequenz eben nicht in Händen der Menschen. Sondern unter Kontrolle US-amerikanischer und chinesischer Konzerne. Big Tech lässt grüßen. Aber das muss ja nicht so bleiben.

Die Autoren Burak Erbasi und Nicolas Riedl leben als Studenten und Journalisten in München.

ENDLICH ZEIT FÜRS EIGENHEIM

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn übernahm im Sommer 2020 ein gigantisches Anwesen für offiziell nur rund vier Millionen Euro vom ehemaligen US-Botschafter in Berlin-Dahlem. Es ist damit laut Medien Spahns dritte größere Immobilie in der Bundeshauptstadt.

Der ausgebildete Bankkaufmann könnte seine Faibles für Gesundheitsthemen und Sonderbehandlungen demnächst vermehrt zuhause ausleben: Der Unmut über die grundgesetzwidrigen Corona-Restriktionen wächst und wächst.

Mit dem Maskenskandal (Seite 10) könnte sich auch Spahns Nebenkarriere als Lobbyist erübrigen. Gut umzäunt und bewacht ist die Luxusvilla bereits, die er mit seinem Ehemann Daniel Funke bezogen hat. Funke ist Lobbyist des Burda-Konzerns (Bunte, Superillu, Focus). *jro*



Illustration: DW/Jill Sandjaja






So schlimm kann es mit der Seuche nicht sein! *Das Berlin-Spandauer Krankhaus verschrottet seine Intensivbettenkapazitäten, aufgenommen am Dienstag, den 26. J*

GEHEIME OPPOSITION IN DER TAGESSCHAU

Redakteure der Regierungssendung benutzen frühbürgerliche Strategien, um die Zensur zu umgehen.

IN »DEN MEDIEN« BEMERKT | von Hendrik Sodenkamp

Beim Gucken der Tagesschau der vergangenen Woche rieb man sich verdutzt die Augen. Da war auf einmal in positiven Tönen die Rede von der riesigen »Demokratiebewegung«, die aufsteht gegen das autoritäre Regime. Dann die Enthüllung von einer Millionenvilla, die sich der Regent wohl mit Korruption zugelegt hatte und die Sehnsucht von breiten Kreisen der Bevölkerung nach Rechtsstaat, Grundrechten und einer brauchbaren Verfassung. Worüber die Tagesschau da berichtete, war jedoch Russland, nicht die Bundesrepublik Deutschland, dessen Gesundheitsminister sich in Berlin-Dahlem eine Villa zugelegt hatte, die er sich mit seinem Amtsgehalt nicht wird leisten können (Seite 11). Es wäre jedoch zu kurz gedacht, wenn man gleich zu dem Schluss kommen würde, die Tagesschau würde mal wieder andere Maßstäbe an Russland anlegen.

Die Beobachtung legt vielmehr die Vermutung nahe, dass in der Belegschaft der Tagesschau eine Opposition zur Regierung besteht, die sich jedoch nur über den Umweg »Russland« zu den innerdeutschen Verhältnissen äußern kann, da sie sonst der Zensur anheim fallen würde. Diese Strategie ist in deutschen Landen nicht neu. Ein bekanntes Beispiel: Der bürgerliche Dramatiker Gotthold Ephraim Lessing legte die Handlung seines 1772 erschienen Stücks »Emila Galotti« in das Italien des 15. Jahrhunderts. So konnte seine Adelskritik im Zeitalter des Absolutismus auf der Bühne geäußert werden. Heute verlegt man das deutsche Geschehen nach Russland.

Dass es sich bei dieser Vermutung nicht um einen Einfall meinerseits handelt, sondern derzeit bei Denkern zirkuliert, beweist ein Interviewvideo des Fernsehphilosophen Peter Sloterdijk (siehe auch Köhne-Kolumne Seite 2) auf dem Kanal der Nachrichtenillustrierten »Der Spiegel« mit dem Titel »Über Jogi Löw, die Pandemie und Querdenker«. Der Interviewer spricht den Philosophen nach acht Minuten auf das Verhalten der Medien an – und dass Sloterdijk festgestellt habe, dass die Medien in Sachen Corona nicht übertreiben würden. Sloterdijks Antwort im Wortlaut: »Im 19. Jahrhundert, als noch starke Zensur geherrscht hat, haben Schriftsteller den Ausdruck »Sklavensprache« häufig benutzt, um klar zu machen, dass sie selber manchmal die Sklavensprache sprechen müssen, um die Zensur zu unterlaufen. Und dass sie mit dem Publikum einen Vertrag eingehen über die Entziffferung der Sklavensprache, die das Publikum versteht, der Zensor aber nicht. Aber das ist eine Erinnerung an vordemokratische Zeiten. Wir sollten eigentlich eingetreten sein in eine Klartext-Ära, wo man unverschlüsselte Wahrheiten übermitteln können sollte.«

Bemerkenswert ist auch der Vorlauf: Demokraten müssten »Zuversicht« haben, dass es möglich ist, die Wahrheit zu sagen. Diese Zuversicht hat Sloterdjik anscheinend verloren, weshalb er in die »Sklavensprache« umschwenkt und Querdenker diffamiert, was die Gazette ihm dann auch insofern belohnt, dass sie ihn weiter in Gespräche einlädt. Bevor ich jetzt zu dem Schluss komme, dass wir als Leser oder Zuschauer aufpassen sollten, ob die Redakteure dort »Sklavensprache« sprechen und uns verschlüsselte Botschaften zukommen lassen wollen, möchte ich die andere Abzweigung nehmen und die Mitarbeiter dort auffordern, zuversichtlich zu sein und nicht in vordemokratische Zensurpraktiken zurückzufallen. Einfach die Wahrheit sagen, geht immer noch. Der Demokratische Widerstand stellt übrigens ein! Es sei noch gesagt, dass ich jegliche Verfolgung der Oppositionellen in der Tagesschau verurteile. Ich will Euch nicht enttarnen. Die Leute müssen nur irgendwie verstehen, was Ihr da macht.

VON OBEN HERAB

Dystopisch? Die Perspektiven der Weltbank-Organisation für die Zeit nach Corona

Die Weltbank hat für das beginnende Jahr 2021 in einem Report Bilanz über die Verwüstungen der Corona-Pandemie gezogen und wagt einige Prognosen für die Aussichten einer möglichen Erholung der Weltwirtschaft in den kommenden Jahren.

Corona hat, so die Weltbank, die Aussichten auf eine grundlegende Reform der Weltwirtschaft verschlechtert: »Um widrigen Gegenwinden etwas entgegenzusetzen, muss ein größerer Ruck stattfinden, um die Geschäftsbedingungen zu verbessern, die Flexibilisierung von Arbeit und Produktmärkten zu steigern, und um Transparenz und Governance zu stärken.« Nach wie vor besteht das Mantra für die Besserung der Lebensbedingungen weltweit lediglich in Wachstum, Wachstum, und nochmal Wachstum. Wohlklingende Worte: Grüne Wirtschaft, Ausstieg aus fossiler Energiegewinnung und Anpassung an den Klimawandel stehen auf der Tagesordnung.

Gemeint sind tatsächlich mit diesen wohlklingenden Worten: Der massive Ausbau der Biotechnologie, was auf eine noch feinmaschigere Ausbeutung der Natur hinausläuft. Anpassung an den Klimawandel heißt dagegen: Geoengineering, also die planvolle Manipulation von Klima und Wetter, um den Zusammenbruch der Ökosphäre doch noch aufzuhalten und dabei neue Marktchancen zu eröffnen. Also im Wesentlichen nichts Neues unter der Sonne.

Zugleich warnt die Weltbank vor einer Corona-bedingten erneuten Schuldenkrise, wie sie in den 1980er Jahren die Entwicklungsländer durcheinanderwirbelte: »Die Pandemie hat die Risiken verschärft, die einher gehen mit einer jahrzehntelangen Welle der Schuldenanhäufung. Die Verschuldung hat historische Höchstwerte erreicht. Und das macht die Weltwirtschaft besonders angreifbar für Spannungen am Finanzmarkt.« Unter diesem Gesichtspunkt sind die Wachstumserwartungen für die nächste Zeit eher gedämpft. Alles hängt davon ab, wie schnell die Weltbevölkerung mit den neuen Impfstoffen gegen den weiteren Vormarsch der Pandemie imprägniert ist. Erst wenn alle Menschen geimpft sind, kann es wieder heißen: *Business as usual* – meint die Weltbank.

ACHTUNG, RAUBÜBERFALL: DIE WELTBANK KOMMT

Im Corona-Jahr 2020 gab es regional unterschiedliche ausgeformte Dellen in der Konjunktur. Am meisten litten wieder einmal jene Regionen, die es eh schon immer schwer haben: Afrika, Mittlerer Osten sowie Lateinamerika plus Karibik. Ostasien hat kaum gelitten. USA ist mäßig beeinträchtigt mit einem Minus von 3,6 Prozent. Die Eurozone hat es mit einem Minus von 7,4 Prozent dagegen derbe erwischt. Die Türkei hat wiederum um einen halben Prozentpunkt zugelegt. China hat auch 2,2 Prozent Wachstum verzeichnen können, was mit den soliden Rücklagen zu erklären ist. Diese haben ausgiebige staatliche Investitionen in die eigene Infrastruktur ermöglicht.

Interessant ist der direkte Vergleich zwischen Ländern, die eine rigide *Lockdown*-Politik betrieben haben mit jenen, die keinen *Lockdown* oder nur wenige Beschränkungen durchgeführt haben. In Brasilien gab es ein Gerangel zwischen der Zentralregierung unter Bolsonaro, die den *Lockdown* ignorierte, und einzelnen beflissenen Gouverneuren, die *Lockdown* praktizierten. Brasilien kam mit einem Minus von 4,5 Prozent davon. Nachbarland Argentinien setzte einen brutalen Total-*Lockdown* durch. Ergebnis: Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um stolze 10,6 Prozent! Ähnlicher Vergleich zweier Nachbarländer: Saudi-Arabien zog den *Lockdown* radikal durch, was mit einer Schrumpfung des BIP um 5,4 Prozent quittiert wurde. Im Nachbarland Ägypten gibt es keinen *Lockdown* mehr. Das BIP stieg hier sogar um 3,6 Prozent. Noch ein direkter Ländervergleich: Indien peinigte seine Bürger mit einem brutalen *Lockdown*, was zu einer Schrumpfung des BIP um 9,6 Prozent führte. Nachbarland Pakistan ging da weitaus behutsamer vor, und wurde mit einer bescheidenen Einbuße von 1,6 Prozent belohnt. Von einem unkontrollierten Ausbruch der Corona-Pandemie in den *Lockdown*-abstinenten Staaten ist nichts bekannt.

Die Weltbank übt sich in vorsichtigem Optimismus. Sie geht nämlich davon aus, dass der *Lockdown*-Spuk im Jahre 2021 weitgehend beendet sein wird. Unter dieser Voraussetzung rechnet die Weltbank mit einem moderaten Zuwachs des BIP um 4 Prozent. Das ist aber dann noch immer keine volle Wiederherstellung der Wirtschaftskraft aus der Zeit vor Corona. Die Weltbank setzt ihre Hoffnungen für ein erneutes nachhaltiges Wachstum auf China. Die Schwellenländer werden mit China zusammen in den Jahren 2021 und 2022 ein Wachstum um 4,6 Prozent erzielen – ohne China reicht es nur für ein Wachstum um 3,5 Prozent.

Diese Zahlen setzen, wie gesagt, voraus, dass in den kommenden zwei Jahren die Pandemie und die *Lockdown*-Politik zu einem Halt gekommen sind.

Eine weitere Unbekannte ist in der Frage begründet, welche Folgen die dank Corona galoppierende Staatsverschuldung auf die Weltwirtschaft haben wird. Dass hier ein starker proaktiver Staat und ein ausgeprägtes Genossenschaftswesen die entscheidenden Schlüssel für eine wirklich nachhaltige Wirtschaftsentwicklung sind, lässt die Weltbank zwar in ihren Erwartungen in China als starkem Konjunkturmotor durchscheinen. Die andauernde Fixierung auf ein unendliches privatisiertes Wirtschaftswachstum um jeden Preis ist aber nach wie vor die alles entscheidende Konstante in der Strategie der Weltbank. Solange das so bleibt, ist die Weltbank ein Navigator in den Untergang der Weltwirtschaft. Sorry. (hp)

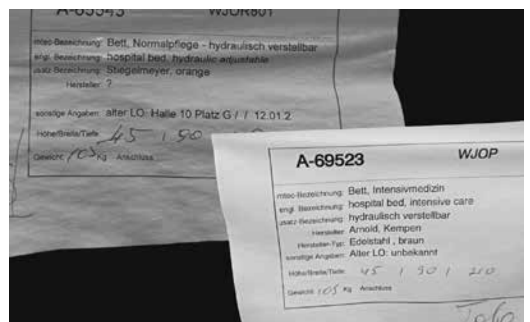
Fotos: DW zur Verfügung gestellt von Bauern.

Relevanter Beruf: *Bauern formierten massiven Traktorkorso am 27.1. in Berlin.*

ZENTRALKOMITEE DES GLOBALEN KAPITALS

DW/Davos. Das Weltwirtschaftsorum (WEF) kam vom 21. bis zum 29. Januar digital zusammen. In dem Verein verhandeln die größten Konzernlobbyisten die Zukunft der Welt. Auf der diesjährigen Konferenz hielt der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jingping die Eröffnungsrede. Für WEF-Gründer Klaus Schwab soll China das Vorbild des Westens werden. (hes)



anuar 2021. Die DW-Fotostrecke von Steve Schramm wird von dem Fotografen so kommentiert: »Eine gute Nachricht. Die Pandemie ist Schrott.«

»Ich lasse mir nicht nachsagen, dass ich Kinder quäle.«

Diesen Satz sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel unlängst in einer ihrer Pressekonferenzen. Über die Auswirkungen ihrer Corona-Politik auf Kinder, Jugendliche und SchülerInnen berichtet die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand konstant.

Mit dem Themenspezial »Familie unter Corona« gehen wir auf Wirklichkeiten und Lebensmodelle ein: FAMILIENBANDEN! VON EINS BIS FÜNF: I. DW-Redakteurin und Historikerin Dr. Tamara Ganjalyan blickt zurück auf die Zeit vor dem Corona-Regime, in der Kinder einigermaßen unbeschwert aufwachsen konnten – und nach den Auswirkungen des Corona-Regimes. II. Ali Wagner skizziert die bundesweite Protestbewegung »Eltern stehen auf«. III. Sven Sebastian Horner hinterfragt das romantische Liebesideal. IV. Die seit Jahren als »Outlaw« verfemte Rechtsintellektuelle Ellen Kositza beschreibt ihren Begriff von Feminismus und Familie. Und, V., die Autorin Anke Behrend klärt den Zustand emanzipatorischer Bewegungen in den USA und Europa auf.

Fünf mögliche Standpunkte, links, rechts, hier und da, von Greifswald bis zum Bodensee. Ob nun als richtig oder falsch empfunden. Interessant wird's allemal.
Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand lehnt überbordende Angstmacherei gegenüber anderen Menschen und »mediale Kontaktschuld« ab. Stattdessen: Zuversicht!



FAMILIE UNTER CORONA

DW-Themenspezial: Fünf Sichtweisen auf familiäre Bindung, Liebe und Widerstand in der Gegenwart

FAMILIENBANDE I

»Ab vor den Bildschirm!«

In ihrer Titelstory fragt DW-Redakteurin Tamara Ganjalyan nach den Auswirkungen des Corona-Regimes

Fortsetzung des Titeltextes, Seite 1.

Seitdem ist auch und gerade die Welt der Kinder eine andere geworden. Eine kleinere und eine einsamere ist sie für viele. Hat man nicht gerade das Privileg, in einem Einfamilienhaus mit Garten oder in einer großen Altbauwohnung mit Dachterrasse zu residieren, spielt sich ein Großteil des Tages im *Lockdown* – wörtlich: Einschluss – zwischen Zimmer, Küche, Bad und fraglos bei vielen vor dem Bildschirm ab. Die Welt ist auf ein Mindestmaß zusammengeschrumpft. Das Leben kreist im Wesentlichen noch um basale körperliche Grundfunktionen: Essen, schlafen, verdauen, wieder schlafen.

Alle anderen, um nichts weniger grundlegenden menschlichen Bedürfnisse, die über die Sphäre des reinen Überlebens hinausgehen, werden derweil ins Virtuelle ausgelagert, in der Vorgaukelung eines gleichwertigen Ersatzes des Leibhaftigen. Kunst und Kultur, mitmenschliche Begegnung und nicht zuletzt auch Bildung sollen, so will es das hygienische Normativ, vom unreinen, da stets potenziell kontaminierten analogen Leben ins Internet übertragen werden.

KANN JA WEG...

Dass Schule nicht nur ein Ort der theoretischen Wissensvermittlung, sondern mindestens ebenso sehr auch ein Ort der Begegnung und des sozialen Lernens ist, scheint dabei schlichtweg keine Rolle mehr zu spielen. Ein bisschen Lesen-und-schreiben-Lernen geht vermeintlich auch auf dem Tablet, der puren Mattscheibe. Für Kontakte gibt es Social Media – das muss wohl an »kindgerechter Wohnungshaltung« genügen.

ROBBENPOSTER MIT MASKIERTEN KINDERN

Was medial in diese geschrumpfte Welt einsickert, wird einst in Museen ausgestellt sein, denkt die geschichtswissenschaftlich vorbelastete Mutter, vielleicht als Beispiel für Propaganda, die bei den Jüngsten ansetzt. Zum Beispiel jener musikalisch aufbereitete *Clip* mit hübsch animierten Bildern, der schon morgens um sieben im Kinderfernsehen belehrt, dass man auch brav die Regeln einzuhalten habe, »weil niemand Corona haben will«. Oder die Kinderzeitschrift mit süßem Robbenposter, die Comics mit maskierten Kinderfiguren bringt, deren Botschaft lautet: »Abstand halten, Maske tragen, Spaß dabei haben!« Die Frage nach dem »Und dann?« taucht hier nicht mehr auf.

Mit dem Infektionsvermeidungskult hat das Sicherheitsnarrativ, das fraglos bereits seit längerer Zeit Teile des öffentlichen Diskurses bestimmte, endgültig Einzug in die Kinderzimmer gehalten. In der virtuellen Ersatzwelt sind es weniger die Zufälle des unvorhersehbaren und immer mit dem unbekannten Risiko des Tödlichen behafteten Lebens aus Fleisch und Blut, welche den Rahmen des nicht nur Erfahrenen, sondern tatsächlich auch Er-lebten bilden.

In der Asepsis des Internets begegnen unsere Kinder vielmehr dem (von wem?) Erdachten, dem (wofür?) Aufbereiteten in sicherer Entfernung zur unvollkommenen Biologie. Produkte krakenhafter Digitalkonzerne werden auf diesem Wege zu den Orten, an denen sich Kindheit ausgestalten soll: Lernen auf Schoolfox, Freunde treffen auf Facebook, Abhängen auf Youtube. Das *Cui bono?*, wem nützt das alles, wäre freilich ein ketzerischer Gedanke.

KINDERQUALEN UND DIE HAFTUNGSFRAGE

Wie aber werden Bedingungen des Heranwachsens wie die oben geschilderten unsere Kinder prägen? Werden etwa irgendwann die verpixelten *Images* auf *Zoom* das sein, was die Erwachsenen von morgen als ihre Kindheitsfreunde erinnern? Werden insbesondere jene, die als Einzelkinder durch diese Erfahrung gehen, die heutige Zeit als eine Form der Isolationshaft im Gedächtnis behalten? Sind wir gerade dabei, eine Generation heranzuziehen, deren Maß an Beziehungsfähigkeit sich an der Anzahl der erhaltenen *Likes* auf ein gepostetes *Selfie* bemisst?

Und werden Psychologen in einigen Jahren vom *Lockdown*-Syndrom sprechen, das in manchem dem durch extreme soziale Deprivation hervorgerufenen Kaspar-Hauser-Syndrom ähnelt? Wenn ja, dürfte die Frage nach der Haftung für solche erlittenen Schäden an Leib und Seele höchst spannend werden.

DW-Redakteurin Tamara Ganjalyan ist promovierte Historikerin, Lektorin und Mutter. Dieser Originalbeitrag ist auch als Audio-Podcast auf dem Journalistenportal KenFM.de erschienen.

FAMILIENBANDE II

Eltern stehen auf!

Initiative gewinnen | von Ali Wagner

Der Unmut und die Unzufriedenheit kommen allmählich in der breiten Masse an, während wir eher im Hintergrund langfristige Ziele ausarbeiten. Unsere bundesweite Initiative *ElternStehenAuf* will nun als e.V. nicht mehr nur als reine Protestbewegung agieren, sondern mit allgemeineren Themen über Kinder, Erziehung, Bildung die Menschen erreichen.

Nach wie vor sind Eltern in Bedrängnis, sowohl rein organisatorisch (darunter fällt die Heimbeschulung) als auch emotional, weil sie sehen, wie ihre Kinder unter der derzeitigen Situation leiden. Ansatz ist immer, die Krise als Chance zur Reflexion betrachten, an eigenen Themen (Ängste und Traumatisierungen) zu arbeiten und zu mehr Wahrhaftigkeit zu finden, ein starker Rückhalt für die Kinder zu sein. Mir persönlich, meiner Lebensgefährtin und meinen 11-jährigen Zwillingen geht es verhältnismäßig gut. Zur Zeit sind die Kinder zu Hause besser aufgehoben, als mit Maske und Abstand in der Schule. Wir achten auf soziale Kontakte, Bewegung, frische Luft und viel Spaß an Kreativität und neuen Projekten, führen ein aktives und intensives Leben und bekommen so vom »Aussen« relativ wenig mit. Es ist doch immer eine individuelle Entscheidung, wie sehr ich mich an Verordnungen und Maßgaben halte und in mein eigenes Leben lasse.

Ali Wagner ist Berufsmusiker, Vater von Zwillingen und Mitgründer von elternstehenauf.de.

FAMILIENBANDE III

Keine Romantik?

Beziehungen nach Lebensrealität | Von Sven Sebastian Horner

Die kulturell implantierte Vorstellung von romantischer Liebe, mit all seinen Bräuchen, Gepflogenheiten, sozialen Mustern und materiellen Details, ist ein trojanisches Pferd des Kapitalismus.

Das Streben nach Glück in Zweisamkeit, auf das wir kulturell konditioniert werden, hat das Potential unseren Sinn für Gemeinschaft und unsere Verbundenheit mit unserem Umfeld zu schwächen und trägt einen wesentlichen Teil zur Zersplitterung der Gesellschaft bei.

Wir konsumieren einander. Wir konsumieren all die Zutaten, die wir meinen, für ein glückliches Leben zu zweit zu benötigen. Wir tun so viel dafür: Quälen uns im falschen Job, um der Verantwortung für die gemeinsame Existenz gerecht zu werden. Verkaufen unsere Freiheit an die Bank, für ein ausreichend großes Haus oder Mietwohnung (wo wir uns aus dem Weg gehen können). Wir verwenden Geld darauf, den richtigen Partner zu finden und zu erobern. Und wir vergessen dabei, dass unser Glück, unsere Freiheit, unsere Entfaltung und unsere Sicherheit seit jeher in einer starken Gemeinschaft liegt.

Von einer solchen starken Gemeinschaft sind wir auch dann abhängig, wenn uns die romantische Liebe ausnahmsweise wirklich dauerhaft gelingt. Denn bekanntlich sind die wenigsten glücklichen Paare zu hundert Prozent Selbstversorger. Auch sie sind abhängig vom kapitalistischen System. Die meisten Menschen brauchen eine arbeitsteilige Gemeinschaft um sich herum, um ihre Bedürfnisse zu decken.

Trotzdem sind viele von uns mehr oder weniger bewusst auf die romantische Liebe fixiert. Dort aber, wo Nähe und der Bezug zu anderen Menschen zugunsten der »romantischen Liebe« reduziert werden, findet der Kapitalismus viel häufiger vereinzelte Menschen oder Paare vor, die sich selbst als Konsumenten und Arbeitskräfte ausbeuten lassen. Weil dies nun einmal der vorgegebene Weg ist, an der arbeitsteiligen Gesellschaft teilzuhaben. Die einen tun es bereitwillig und eifrig, die anderen nur widerwillig. Wirklich eine Wahl bleibt uns aber nicht, solange wir nicht eingebettet sind in einer liebevollen Gemeinschaft, die uns schützend umgibt. Wo Menschen auf Augenhöhe miteinander kooperieren.

In dem verzweifelten Versuch, sich selbst und andere in ein starres Modell zu pressen, um sich möglichst viele Bedürfnisse gut zu erfüllen, erreichen wir also häufig das Gegenteil davon. Es bleiben essentielle Bedürfnisse unerfüllt. Wir berauben uns so selbst einer Vielzahl an Möglichkeiten, unsere unterschiedlichsten, menschlichen Bedürfnisse innerhalb von unterschiedlichsten, menschlichen Beziehungen zu erfüllen.

Was dann ersatzweise übrig bleibt, ist Konsum. Aus Sicht des Kapitalismus ist die Konditionierung auf die »romantische Liebe« als vorherrschende Beziehungsform also ein willkommener Umstand, der ständigen Mangel und ständige Nachfrage garantiert. Und wenn die Befriedigung durch Konsum erst einmal zur Gewohnheit geworden ist, dann machen wir, wenn wir nicht aufpassen, nicht mehr nur Güter, sondern auch Menschen zum Objekt unserer sexuellen, sozialen, ja sogar materiellen Bedürfnisse und »konsumieren« sie. Solch eine Haltung verhindert gelingende, erfüllende Beziehung von vornherein. Und viel Leid. Ein Teufelskreis, den es zu durchbrechen gilt.

EIN VIELSCHICHTIGES NETZ VON LEBENDIGEN BEZIEHUNGEN

Um Missverständnissen vorzubeugen: Dies ist kein Plädoyer gegen eine monogame Beziehung. Jedoch sind exklusive Sexualität, sowie Nähe, Intimität oder einfach eine gemeinsame Haushaltsführung, kein Grund, nicht auch tiefgehende, liebevolle Beziehungen zu anderen Menschen zu haben. Woher kommt der Reflex, in monogamen Beziehungen eine »besondere Liebe« leben zu wollen, sodass der Partner zum Mittelpunkt unseres Lebens wird? Ist das wirklich für jeden die beste Strategie, um möglichst erfüllt zu leben? Und wenn exklusive Sexualität nur so restriktiv erreicht oder gar vorgegaukelt werden kann, ist sie dann überhaupt das, was wir wirklich wollen? Nein? Dann befreien wir uns doch davon!

Woher kommt der Glaube mit Opferbereitschaft und Hingabe das Glück in einer Beziehung erzwingen zu können? Entsteht bei diesen oft verzweifelten Versuchen nicht unnötiges Leid? Auch für unsere Kinder, wenn es sie gibt? Würden wir uns auf derartige Kämpfe einlassen, wenn es andere Menschen in unserem Leben gäbe, die uns Nähe, Halt, Geborgenheit und Zugehörigkeit bieten? Ja? Dann öffnen wir uns doch für sie! Ist es nicht eine verlockende Vorstellung, Beziehungen nicht nach festen Schemata zu gestalten, sondern im Einklang mit der echten Gefühls-, Bedürfnis- und Lebensrealität aller Beteiligten, eventuell vorhandene Kinder mit einbezogen?

Stellen wir uns nur einmal vor, wie die aktuelle Situation – mit all den staatlichen Eingriffen in unser Leben – sich auf eine Gemeinschaft von Menschen auswirken würde, die durch ein vielschichtiges Netz von lebendigen Beziehungen eng miteinander verbunden sind. Hier würde niemand im Stich gelassen.

Gerade als Eltern sind wir durch das aktuelle, weltumspannend verräterisch gleichartige Katastrophenmanagement besonders belastet. Doch kein Staat der Welt könnte in einer solchen Gesellschaft überwachen, ob die Kinder gerade bei den Nachbarn abhängen, während wir ganz entspannt für alle kochen. Denunziation käme nicht in Frage. Und noch fliegen auch nicht die Drohnen durch die Häusergassen und entsenden bei verdächtigen Messwerten eine Kontrolleinheit in unsere Zuhause.

Der Autor ist Software-Entwickler, Musiker und in Teilzeit alleinerziehender Vater in Erfurt. Er beschreibt sich als »überzeugter Anarchist«. t.me/svensebastianhorner

FAMILIENBANDE IV

Rechter Feminismus?

Die Hälfte der Welt! | **Von Ellen Kositza**

Frauen sind unterrepräsentiert. In der Politik, auf Managerposten, auf Bestsellerlisten, in Hinblick auf Professuren, unter Nobelpreisträgern. Sie sind es übrigens (und zwar deutlich) auch in der Höhlenforschung, in Carl-Schmitt-Studien, der Vulkanologie, der Baustatik, im Maschinenbau und in der Verfahrenstechnik. (Sie interessieren sich selten dafür: So einfach ist das.)

Kaum nötig, noch das zu erwähnen: Auch bei den Müllwerkern (mein Herzchen geht explizit an diese Berufsgruppe, die durchweg und ausnahmslos mit sogenanntem gesunden Menschenverstand gesegnet ist, und zwar unabhängig vom kulturellen *Background*), den Maurern, Drehern und Traktoristen sind die Frauen der Schöpfung Mangelware. Man kann das beklagen. Aber dann bitte stets mit Blick aufs Ganze und nicht als Rosinenpickerei! Ladies, Ihr wollt »die Hälfte der Welt« (Ina Deter)? Dann aber bitte konsequent!

Gut, ins Eingemachte: Frauen verdienen weniger Geld als Männer. Bereinigt um sämtliche, hoffentlich doch selbstgewählte Faktoren, wie geringere Arbeitszeit und echte Erwerbspausen (Schwangerschaft, Kinderauszeit) liegt der Lohnunterschied bei zwei Prozent. Das mag zunächst schrecklich erscheinen, wird sich aber in naher Zukunft ändern: Jahr für Jahr gibt es, und dies konstant seit den 1970er Jahren, prozentual mehr Abiturientinnen, Studienabsolventinnen und promovierte Frauen. Also besteht Hoffnung.

Auf was eigentlich? Auf eine Frauenherrschaft? Wen stellen wir uns da personifiziert vor? Frau Merkel, Frau von der Leyen, Frau Lagarde? Komisch, oder? Für mich persönlich sind solche Quoten-Rechenspiele nach Geschlecht äußerst ulkig – und sie waren es stets. *I don't give a damn*: Es geht mir am Hintern vorbei.

Ich weiß nicht genau, warum mir Ruhm, Stellung und Knete immer wenig bedeuteten. Aber ich bin gut mit dieser Einstellung gefahren – und zwar ohne reiche Eltern oder wohlhabenden Mann. Ich hatte durchaus von den Feministinnen der ersten Stunde, der »ersten Welle« gelernt. Die Frau hat ihr eigenes Recht! Ich wollte ganz unbedingt mein eigenes Ding drehen. Das war klar. Mit 22 Jahren bekam ich mein erstes Kind. Mutterschaft: Für mich eine ultimative Wucht. Nichts geht darüber!

Für mich ist Mutterschaft das weibliche Potential schlechthin. Das heißt nicht, daß ich diejenigen verachten oder auch nur bemitleiden würde, die nicht Mutter sein können oder wollen. Weiblichkeit ist ein weites Feld, das über das strikt biologische hinausweist. Bei mir, ich war fruchtbar, kamen sechs weitere Kinder hinterher. Mein Studienabschluß erfolgte zwischen dem zweiten und dritten Mädchen. Kein Zuckerschlecken, durchaus harte Zeiten. Zwei Jahre lang bezog ich Wohngeld. Ich war dankbar dafür – für diesen Sozialstaat, den ich in fast allen anderen europäischen Ländern so nicht vorgefunden hätte. Überhaupt: Kindergeld! Für überzeugte *Non-Consumer* eine ganz besondere deutsche Spezialität! Welch kreative Möglichkeiten liegen in dieser Ausschüttung! Nutzt sie gut! Nicht für Schühchen und Kleidchen!

Häufig fand ich mich als Frau und Mutter aber durchaus in den Nachteil versetzt. Was heute »Mikroaggressionen« genannt wird – ich kenne es ganz gut. Ich sage nur: Mit fünf kleinen Kindern im ICE. Blicke, auch offene Häme aushalten. Mit Kind auf dem Arm zum Vortrag, und zuvor grad noch mal die Windeln wechseln. Vortrag dann mit Stillflecken. Wen es störte, der hatte mein Mitleid! Hochschwanger und eigentlich superempfindlich sein, aber nicht lockerlassen: Das machte – unter vielem anderen – für mich Mutterschaft aus.

Ich kenne das alles. Daher gilt gerade in dieser sogenannten Corona-Krise meine absolute Hochachtung den Frauen, die mit zwei, drei, mehr kleinen Kindern diese Zeit des Aufsichselbstgeworfenseins meistern! Ihr seid Heldinnen! Nein, das haben »die Frauen früher« auch nicht einfach so gewuppt! Arbeiterinnen banden ihre Kleinen am Küchentisch fest oder flößten ihnen Klosterfrau Melissengeist ein, damit es einigermaßen »gutging«, während sie auf Schicht waren! Das ist literarisch verbrieft.

Nur verabscheue ich es aber stets, die Position des Klageweibs einzunehmen. Rechts sein hieß und heißt für mich auch: Klagt nicht, kämpft! Kämpft still und tapfer, das erhöht die Durchschlagskraft! Es macht stark von innen und letzthin unverletzlich! Seid starke Männer! Bleibt tapfere Frauen! Leute nennen Euch »Hausmütterchen« oder »Heimchen am Herd?« Ja und? Was geht es Euch an?

Der moderne Feminismus hat die Frau zu Heulbojen degradiert. Nach dem Motto: Drückt es hier ein wenig? Oder dort? Guckt da jemand schief? Macht einer einen dummen Spruch? Dann schreit auf! Schreit laut! Kein Problem, wenn die Stimme dann überkippt, schrill wird und hysterisch wirkt!

Mich stößt der sich so artikulierende Feminismus ab. Ich möchte keinesfalls dazugezählt werden. »Die Hälfte der Welt« (nochmal: Ina Deter), dieser *Slogan* gefällt mir schon ganz gut. Vermutlich schaffen wir das, wir Frauen. Aber bitte ohne künstliche Schonräume. Ich bin sehr optimistisch.

Ellen Kositza gilt als politisch rechtsintellektuelle Lektorin, Redakteurin der Zeitschrift Sezession und Mutter. Sie lebt und arbeitet in Sachsen-Anhalt.

FAMILIENBANDE V

Joseph Biden radiert Frauen aus?

#BidenErasesWomen? Das wäre schlimmer als Trump! Aber beginnen vor von vorn. | **Von Anke Behrend**

Die Freiheit des Menschen darf nicht von seiner Biologie abhängen. Auf diese Formel könnte man das Grundanliegen der Frauenbewegung einkürzen. Kein Mensch darf wegen seiner körperlichen Eigenschaften benachteiligt werden. Konsequent gedacht umfasst diese Forderung alle Menschen, jeden Einzelnen: Menschen mit Behinderung, Junge, Alte, Menschen aller Hautfarben, aller sexuellen Orientierungen.

Daher war es nur konsequent, dass der Feminismus zwischen den 1970er und 1990er Jahren zunehmend *Diversity* und daraus resultierend *Intersektionalität* zu seinem Leitthema erhob. Schwarze, Behinderte, LGBTQ... und immer mehr marginalisierte Gruppen wurden, ausgehend von den englischen und US-amerikanischen Universitäten, vom Feminismus inkludiert.

Dies geschah nicht ohne Reibungsverluste, denn mitunter hatten die verschiedenen Gruppen widerstreitende Interessen. Manche Menschen sind mehrfach marginalisiert. Man kann homosexuell, behindert und nichtweiß zugleich sein und auf all diesen Ebenen Marginalisierungserfahrungen machen. Gemäß der Standpunkttheorie galt: je mehr Kriterien zutreffen, umso kompetenter ist die Person, über Marginalsierung zu sprechen. Wichtig war nun nicht mehr, was jemand zu sagen hat, sondern wie die Person sich im Gefüge der unterschiedlichen Marginalisierungsformen »positioniert«. Wie in einem Kartenspiel gibt es eine Hierarchie der Marginalisierungen. Welches Blatt jemand hat, entscheidet über den Rang in der Rednerliste.

Die »Big Eight«, die großen Acht der Diversität wurden wie folgt definiert:

1. Ability – mental and/or physical, das heißt, Befähigungen seelischer und körperlicher Art
2. Age, das Alter
3. Ethnicity, also die Ethnie
4. Gender, Geschlechterrollen
5. Race, heißt Rasse/Rassenzuschreibung
6. Religion, zu welchem Gott wird gebetet?
7. Sexual Orientation, die sexuelle Neigung
8. Socio-Economic Status/Class, die Klassenzugehörigkeit, also beschäftigungslos, Tagelöhner, angestellt, Beamter, Erbe/Privatier, Kapitalist, Oligarch.

Viele weitere kamen im Laufe der Zeit hinzu, einige sind »anerkannt« als Benachteiligung, andere nicht, dogmatische Ansätze nicht ausgeschlossen. Das Geschlecht in seiner biologischen Auslegung und als verbindende Eigenschaft der *Gruppe Frau* kommt nun nicht mehr vor. An seiner Stelle findet sich Gender – ein Begriff, der mittlerweile synonym für Geschlecht verwendet wird und das Geschlecht im biologischen Sinne abzulösen beginnt. Ursprünglich bezeichnete Gender im Feminismus die soziale Rolle, bestehend aus Verhaltensregeln, Stereotypen und dem Platz in der Gesellschaft, der einem Adressaten des jeweiligen Genders zugeschrieben wird. Das Verdienst der 2. Welle des Feminismus ist, diese Rolle als weitestgehend nicht biologisch, sondern gesellschaftlich konstruiert zu verstehen: »Man wird nicht als Frau geboren: Man wird dazu gemacht«, so die Phiosophin Simone de Beauvoir. Auslegungen dieses Satzes gibt es viele. Geschlecht und Gender zu trennen, bedeutet aber nichts anderes als das: Die Freiheit des Menschen soll nicht mehr von seiner Biologie abhängen.

WER WILL SCHON RASSISTISCH, SEXISTISCH ODER TRANSFEINDLICH SEIN?

Im sogenannten »Queerfeminismus der 3. Welle« wurden die Definitionen von Geschlecht und Gender sowie die explizit separate Betrachtung über Bord geworfen. War die Formel anfangs noch »Gender ist sozial konstruiert«, heißt es nunmehr »auch der Körper ist sozial konstruiert«. Damit wurde das Grundanliegen der Frauenbewegung in sein Gegenteil verkehrt. Und ebenso erging es nahezu der gesamten Linken. Die Ideen unterwandert, gespalten, gekapert, ins Gegenteil verkehrt und für völlig andere Zwecke instrumentalisiert.

Disclaimer (heißt Hinweis, wörtlich: Haftungsausschluss, Red.): Keine Feministin will, dass Transpersonen benachteiligt werden. Aber das gegeneinander Ausspielen von Marginalisierten ist alles andere als emanzipatorisch oder gar links.

Mit starken Moral-Appellen und Schuldzuschreibungen (wer will schon rassistisch, sexistisch oder transfeindlich sein?) wird eine Agenda umgesetzt, die immer mehr und immer kleineren Gruppen spezielle Marginalisierungen zuschreibt, die scheinbar umso schwerer wiegen, je kleiner (also marginalisierter) die Gruppe ist. Gleichzeitig wurden andere marginalisierte, aber zahlenmäßig größere Gruppen für die Marginalisierung der Klein- und Kleinstgruppen direkt verantwortlich gemacht. Besonders deutlich wird diese Entwicklung anhand der sehr heterogenen Szene der Transpersonen. »Transfrauen sind Frauen« lautet der Slogan. Stimmt das? Und in welchem und wessen Sinne stimmt es?

KINDER GEBÄREN KÖNNEN IST BIOLOGIE, ROSA KLEIDCHEN SIND »GENDER«

Frau ist nun nicht mehr ein Mensch mit weiblicher Biologie, der frei ist, jede soziale Rolle einzunehmen, Frau ist, wer sich per Selbstauskunft dazu erklärt. Nicht das Gender ist nun gesellschaftlich konstruiert und veränderbar, der biologische Körper ist es. Das Gender, die gesellschaftliche Rolle gilt als der Person inhärent, als Identität. Folgerichtig muss der Körper dem Gender angepasst werden. Die Freiheit des Menschen hängt in dieser Ideologie unmittelbar mit seiner Biologie zusammen. Die Unfreiheit biologischer Frauen wäre nach dieser Lesart angeboren. Damit hat der Begriff *Frau* seine definitorische Kapazität für das biologische Geschlecht verloren. Die Biologie ist allerdings seit Jahrtausenden das entscheidende Kriterium, Frauen das entsprechende Gender und einen nachgeordneten Rang im gesellschaftlichen Gefüge zuzuweisen. Das Gender ist die Folge – nicht die Ursache. Kinder gebären (können), ist Biologie. Rosa Kleidchen sind Gender – nicht umgekehrt.

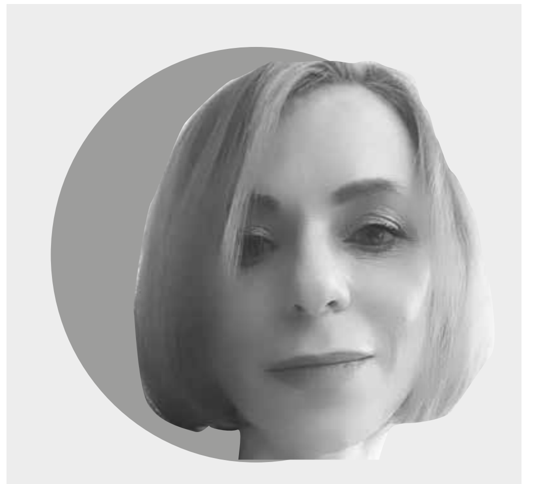
Transaktivismus und Transhumanismus? Nicht nur der Präfix ist gleich. Transaktivismus steht im direkten Widerspruch zur Frauenrechtsbewegung. Der biologische Körper wird zur Verfügungsmasse, muss verändert und verbessert werden. Marginalisierung aufgrund der Biologie wird unsichtbar gemacht. Frauen wird ihr Geschlecht und ihre Identität abgesprochen. Aus Biologie wird wieder Biologismus – biologische Eigenschaften werden auf gesellschaftliche Verhältnisse übertragen wie in vor-feministischen Zeiten.

QUEERFEMINISMUS ERZEUGT MITTLERWEILE SELBST KLISCHEES

Weibliche Stereotype gelten damit wieder als Kriterium für Frausein. Eine Frau ist, wer sich in die entsprechende Rolle fügt. Daraus resultiert, dass Frauen paradoxerweise erneut auf ihre Biologie zurückgeworfen werden und mit Biologie argumentieren müssen, wenn sie beispielsweise eigene Räume beanspruchen wollen. Ausgerechnet das, was der Queerfeminismus zu bekämpfen angetreten war – die Marginalisierung – erzeugt er nun selbst, indem er die weibliche Biologie für nichtig erklärt und durch ebenjene Stereotype, Klischees, ersetzt. Die waren doch längst als schädlich erkannt worden. Hier schließt sich der Kreis zu Joe Biden: Transfrauen werden zukünftig im Frauensport antreten als Teil einer pseudolinken Agenda.

Aber Transfrauen sind biologisch nicht weiblich. Sie haben körperlich andere Voraussetzungen als biologische Frauen. Allein das zu konstatieren, gilt in queerfeminisitischen Kreisen und mittlerweile weiten Teilen der Linken als ein »Hassverbrechen«. Transfrauen, die diese Ansicht vertreten, wie Miranda Yardley, werden aus den sozialen Medien entfernt. Für biologische Frauen bedeutet es aber, dass sie in Zukunft nicht nur gegen Transfrauen im Sport antreten müssen, sondern auch, dass ihre Themen, ihre Räume und Begriffe usurpiert (heißt missbraucht, Red.) werden, und sie sich der Transfeindlichkeit schuldig machen, sollten sie dagegen opponieren. Von Transaktivisten werden sie Uterushavers (Gebärmutterbesitzer), Bleeders (Bluter), Breastfeeders (Brustfütterer) und anderes genannt.

Die biologisch weiblichen Queerfeministinnen sind moralisch korrumpiert wie weite Teile der Linken. Sie treten nicht mehr gemeinsam für die Rechte der Vielen ein, die die Rechte der Wenigen garantieren können. Sondern sie bekämpfen sich gegenseitig und spielen den Feinden der Freiheit in die Hände.



Die Autorin Anke Behrend, als Transperson in Berlin lebend, beschreibt sich wie folgt. »Ich würde mich als links (#teamAnselmLenz) und genderkritische Feministin bezeichnen. Habe für den Eulenspiegel geschrieben und bin seit Jahren in Sozialen Medien aktiv. Gebürtig in Ostberlin, falls das wichtig ist.

Zweifelsohne müssen Transpersonen Sport machen dürfen und alle Rechte genießen wie jeder andere Mensch auch. Die Bedingungen dafür müssen verhandelt und die Rechte anderer Gruppen geschützt werden. Das wäre fair und gleichberechtigt. Aber die Dogmen des Transaktivismus dürfen in diesen Kreisen ebenso wenig hinterfragt werden, wie die Maßnahmen des RKI.

UND – WAS HAT DIES MIT CORONA ZU TUN? ES HAT!

Auf dem Nährboden einer allgegenwärtigen neoliberalen Agenda wird die westliche Linke, die durch diese Spaltungs- und Fehlidentifikationsprozesse ihrer Zielgruppe und ihrer theoretischen Basis verlustig gegangen ist, instrumentalisiert, um einer digitalen Gesundheitsdiktatur in den Sattel zu helfen. Auch hier wird die Freiheit des einzelnen Menschen abhängig gemacht von seiner Biologie, seinem Impfstatus, seinem Immunitätsnachweis. Die quasi-religiösen Stilmittel sind dieselben, bekannt und eingeübt: Gruppendruck, klebrige Moralaufrufe und Schuldzuschreibungen. Die Werkzeuge der wenigen Gesellschaftsklempner für die Umsetzung ihres Phantasmas vom »Great Reset« (dem Stunde-Null-Programm des Wirtschaftsmoguls Klaus Schwab und weiteren, Red.) sind identisch.

Sie greifen zurück auf die bewährten Manipulationstechniken, die sie mittels Medienmacht in den Meinungsmarkt drücken: Umdeutung von Begriffen, Verdrängung der Rationalität und des Diskurses zugunsten von Befindlichkeit, Diffamierung von Kritikern und die Aneignung von progressiven, linken Idealen. Versprochen werden Klimarettung mittels eines »Green Deal«, Grundeinkommen, Gleichheit, Gerechtigkeit und Gesundheit für alle. Was nach originär linker Agenda, ja fast schon nach Kommunismus im bessren Sinne klingen könnte, ist in Wirklichkeit eine Marktbereinigung durch die Oligopole, die uns unsere Rechte und Freiheiten kosten wird, wenn wir sie nicht verhindern.

Hinweis: DW N°36 erscheint zum 13. Februar 2021.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

WO UNRECHT ZU RECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT
BERTOLT BRECHT

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 35. Ausgabe ab Samstag, 30. Januar 2021. | Redaktionsschluss war am 28. Januar, 8:30 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp (stv.), Sophia-Maria Antonulas (CvD) **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressortleitung International:** Aya Velazquéz, Dr. Jana Herzstein (stv.) **Ressortleitung Politik:** Ullrich Mies **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Chris Stein, Anselm Lenz **Illustrationen und Bildredaktion:** Jill Sandjaja, Ute Feuerstacke **Fotoressort:** Steve Schramm **Weitere Redaktionsmitglieder:** Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dirk Pohlmann, Dr. med. Alexander Richter, Erich Kartmann. Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH i. Gr., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.